



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Länderreport 37 Republik Moldau

Politische Situation und Menschenrechtslage

Stand: 06/2021

Asyl und Flüchtlingsschutz

Urheberrechtsklausel

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrecht zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung auch für innerbetriebliche Zwecke ist nur mit Quellenangabe und vorheriger Genehmigung des Bundesamtes gestattet.

Die Inhalte dürfen ohne gesonderte Einwilligung lediglich für den privaten, nicht kommerziellen Gebrauch sowie ausschließlich amtsinternen Gebrauch abgerufen, heruntergeladen, gespeichert und ausgedruckt werden, wenn alle urheberrechtlichen und anderen geschützten Hinweise ohne Änderung beachtet werden.

Copyright statement

This report/information is subject to copyright rules. Any kind of use of this report/information – in whole or in part – not expressly admitted by copyright laws requires prior approval by the Federal Office of Migration and Refugees (Bundesamt). This applies in particular to the reproduction, adaptation, translating, microfilming, or uploading of the report/information in electronic retrieval systems. Reprinting and reproduction of excerpts for internal use is only permitted with reference to the source and prior consent of the Bundesamt..

Use of the report/information may be made for private, non-commercial and internal use within an organisation without permission from the Bundesamt following copyright limitations.

Disclaimer

Die Information wurde gemäß der EASO COI Report Methodology (2019), den gemeinsamen EU-Leitlinien für die Bearbeitung von Informationen über Herkunftsländer (2008) sowie den Qualitätsstandards des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (2020) auf Grundlage sorgfältig ausgewählter und zuverlässiger Informationen innerhalb eines begrenzten Zeitrahmens erstellt. Alle zur Verfügung gestellten Informationen wurden mit größter Sorgfalt recherchiert, bewertet und aufbereitet. Alle Quellen werden genannt und nach wissenschaftlichen Standards zitiert.

Die vorliegende Ausarbeitung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Findet ein bestimmtes Ereignis, eine bestimmte Person oder Organisation keine Erwähnung, bedeutet dies nicht, dass ein solches Ereignis nicht stattgefunden hat oder die betreffende Person oder Organisation nicht existiert. Der Bericht/die Information erlaubt keine abschließende Bewertung darüber, ob ein individueller Antrag auf Asyl-, Flüchtlings- oder subsidiären Schutz berechtigt ist. Die benutzte Terminologie sollte nicht als Hinweis auf eine bestimmte Rechtauffassung verstanden werden. Die Prüfung des Antrags auf Schutzgewährung muss durch den für die Fallbearbeitung zuständigen Mitarbeiter erfolgen. Die Veröffentlichung stellt keine politische Stellungnahme des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge dar.

Diese Ausarbeitung ist öffentlich.

Disclaimer

The information was written according to the „EASO COI Report Methodology“ (2019), the „Common EU guidelines for processing factual COI“ (2012) and the quality standards of the Federal Office for Migration and Refugees (Bundesamt) (2020). It was composed on the basis of carefully selected and reliable information within a limited timeframe. All information provided has been researched, evaluated and analysed with utmost care within a limited time frame. All sources used are referenced and cited according to scientific standards.

This document does not pretend to be exhaustive. If a certain event, person or organization is not mentioned, this does not mean that the event has not taken place or that the person or organization does not exist. This document is not conclusive as to the merit of any particular claim to international protection or asylum. Terminology used should not be regarded as indication of a particular legal position. The examination of an application for international protection has to be carried out by the responsible case worker. The information (and views) set out in this document does/do not necessarily reflect the official opinion of the Bundesamt and makes/make no political statement whatsoever.

This document is public.

Abstrakt

Seit ihrer Unabhängigkeit und insbesondere dem Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit der EU bemüht sich die Republik Moldau in wechselnder Intensität um eine Annäherung an europäische Standards hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten. Das multiethnische Land zwischen Rumänien und der Ukraine ist dabei mit vielfältigen inneren wie äußeren Herausforderungen konfrontiert. Der vorliegende Länderreport beleuchtet die Fortschritte und Defizite hinsichtlich der Menschenrechtslage unter Berücksichtigung der politischen Entwicklungen der vergangenen Jahre.

Abstract

Since its independence and, in particular, since the conclusion of the Moldova-EU Association Agreement, the Republic of Moldova has been striving to move closer to European standards with regards to rule of law and human rights. However, the multi-ethnic and landlocked country between Romania and Ukraine is still facing various internal and external challenges. This country report examines the progress and deficits concerning the human rights situation in Moldova, taking into account the political developments of the past years.

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeine politische Lage	2
1.1. Hintergrund	2
1.2. Politisches System & Parteiensystem	3
1.3. Rechtsstaatlichkeit.....	4
1.4. Politische Lage in Gagausien	5
1.5. Politische Lage in Transnistrien.....	6
2. Menschenrechtslage	8
2.1. Rechtlicher Rahmen.....	8
2.2. Ethnische Zugehörigkeit und Religionszugehörigkeit	8
2.3. Politische Betätigungsfreiheit	10
2.4. Presse- und Meinungsfreiheit.....	10
2.5. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.....	11
2.6. Wehr- und Ersatzdienst	12
2.7. Situation von LGBTI.....	12
2.8. Situation von Frauen und Kindern	13
2.9. Menschenhandel	13
2.10. Häusliche Gewalt.....	14
2.11. Folter, Haftbedingungen und willkürliche Verhaftungen.....	15
2.12. Todesstrafe	15
2.13. Lage in Gagausien.....	15
2.14. Lage in Transnistrien	15
3. Fazit & Ausblick	17
4. Literaturverzeichnis	18

1. Allgemeine politische Lage

1.1. Hintergrund

Die Republik Moldau befindet sich seit Ihrer Unabhängigkeit im Jahr 1991 in einem Spannungsverhältnis zwischen westlichen und russlandorientierten Kräften. Das heutige Staatsgebiet umfasst den Großteil der historischen Region Bessarabien, die als Pufferzone zwischen den angrenzenden Großmächten über Jahrhunderte konkurrierenden politischen Einflüssen ausgesetzt war. Nach langer Zugehörigkeit zum Einflussbereich des Osmanischen Reiches fiel Bessarabien zu Beginn des 19. Jahrhunderts unter die Herrschaft des Russischen Kaiserreiches. Im Zuge des Untergangs des zaristischen Russlands im Ersten Weltkrieg erfolgte die staatliche Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien, ein Schritt, der von der neuen russischen Sowjetregierung nicht anerkannt und durch die politische Neuordnung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg seitens der Sowjetunion revidiert wurde. Bis zu deren Auflösung war das Gebiet schließlich als *Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik* eine Unionsrepublik des sowjetischen Staates. In der heutigen Republik Moldau erschweren ein ungelöster Territorialkonflikt, anhaltende Defizite im Rechtssystem und äußere politische Einflussfaktoren die Entwicklung des Landes. Die rumänische Sprache ist Amtssprache der Republik Moldau, sie wurde bis 2013 offiziell als „*moldauische Sprache*“ bezeichnet und war so auch in der Verfassung festgeschrieben. Da es sich de facto um ein und dieselbe Sprache handelt, gilt der Gebrauch des Begriffs „*moldauische Sprache*“ oft als Ausdruck sprachlichen Separatismus, der auf die Zeit der Zugehörigkeit des heutigen Moldaus zur Sowjetunion zurückgeht. Im offiziellen Gebrauch wird der Begriff heute nur noch im separatistischen Landesteil Transnistrien verwendet.¹ Die Hauptstadt und zugleich bevölkerungsreichste Stadt des Landes ist Chişinău; weitere größere Städte sind Bălţi, Comrat, Bender und Tiraspol, wobei die beiden letztgenannten aufgrund des Transnistrien-Konflikts derzeit nicht unter der Kontrolle der moldauischen Zentralregierung stehen. Die Republik Moldau ist – mit Ausnahme der autonomen bzw. separatistischen Landesteile Gagausien und Transnistrien – zentralstaatlich organisiert. Nach Zensusangaben von 2014 wurde eine Bevölkerung von knapp 3 Mio. Menschen in der Republik Moldau erfasst², ohne Einschluss des Gebietes Transnistrien.

Die Republik Moldau nimmt an der **Östlichen Partnerschaft** der Europäischen Union teil, die auf eine Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der jeweiligen Partnerländer mit der EU abzielt. In diesem Zusammenhang kam es 2014 zur Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens zwischen der Republik Moldau und der EU³; ebenfalls wurde das Visaregime für die Einreise moldauischer Staatsangehöriger seitens der EU gelockert.⁴ Die wesentlichen Anliegen der EU in den Beziehungen zur Republik Moldau umfassen u.a. die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung sowie die Unterstützung der territorialen Integrität des Landes innerhalb seiner völkerrechtlich anerkannten Grenzen.⁵

Moldau grenzt als Binnenstaat an die Ukraine und Rumänien; mit letzterem teilt es eine enge historisch-kulturelle Verbundenheit aufgrund der gemeinsamen Sprache und zeitweisen staatlichen Einheit im Königreich Rumänien („Großrumänien“) zwischen den beiden Weltkriegen. Politische Überlegungen über eine staatliche Vereinigung mit Rumänien spielten vor allen Dingen im Rahmen des moldauischen Unabhängigkeitsprozesses zu Beginn der 1990er Jahre noch eine Rolle, in den heutigen politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern sind sie allerdings weitgehend von der politischen Agenda verschwunden. Rumänien unterstützt als EU-Mitgliedsstaat grundsätzlich den Assoziierungsprozess des moldauischen Nachbarn und gewährt moldauischen Staatsangehörigen durch eine entsprechend offen gehaltene Vergabep Praxis bevorzugt rumänische Reisepässe.⁶

¹ Dort als eine der drei Amtssprachen neben Russisch und Ukrainisch.

² National Bureau of Statistics of the Republic of Moldova: The Population of the Republic of Moldova at the time of the Census was 2,998,235, 31.03.2017

³ EUR-Lex: Association Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community and their Member States, of the one part, and the Republic of Moldova, of the other part, 30.08.2014

⁴ Eine visafreie Einreise in die EU für moldauische Staatsbürger ist seither für bis zu 90 Tage pro Halbjahr möglich, vgl. auch European Commission, Association Implementation Report on Moldova, 11.09.2019, S. 18

⁵ European External Action Service: Facts and Figures about EU-Moldova Relations, 10.06.2020

⁶ Judah, Tim: Die „existenzielle“ Bevölkerungskrise von Moldau, 27.08.2020

Durch diese Praxis erlangten bereits vor Abschluss des Assoziierungsabkommens zahlreiche moldauische Staatsangehörige Zugang zum europäischen Arbeits- und Binnenmarkt.

Mit der Ukraine teilt die Republik Moldau die gemeinsame politisch-ökonomische Assoziierung zur EU im Rahmen der Östlichen Partnerschaft, außerdem stellt der ethnisch ukrainische Bevölkerungsteil eine der zahlenmäßig größten Minderheiten in Moldau.⁷ Aufgrund der langen historischen Zugehörigkeit des Staatsgebietes der heutigen Republik Moldau zum Russischen Zarenreich und später zur Sowjetunion sowie der aktiven Rolle der Russischen Föderation insbesondere im Transnistrien-Konflikt sind die moldauisch-russischen Beziehungen von besonderer innen- wie außenpolitischer Bedeutung und Schauplatz anhaltender Konflikte im politischen System des Landes.

1.2. Politisches System & Parteiensystem

Nach dem Zerfall der Sowjetunion konstituierte sich das unabhängige Moldau als demokratische parlamentarische Republik⁸, die sich laut Verfassung zu den Grund- und Menschenrechten sowie zum politischen Pluralismus und zur Gewaltenteilung bekennt. Das **Parlament der Republik Moldau** besteht derzeit aus insgesamt 101 Sitzen, von denen bis einschließlich der Parlamentswahl 2019 in einem gemischten Wahlsystem 51 Sitze in Einzelwahlkreisen und 50 Sitze über Parteienlisten gewählt wurden.⁹ Mit einer Gesetzesnovellierung vom 15.08.2019 wurde ein reines Verhältniswahlrecht für die 101 Sitze eingeführt.¹⁰ Es gilt eine Sperrhürde von 5% der abgegebenen gültigen Stimmen für Einzelparteien; Wahlblöcke benötigen mindestens 7% und unabhängige Kandidatinnen bzw. Kandidaten mindestens 2% der Stimmen für den Einzug in das Parlament.¹¹ Die Präsidentin bzw. der Präsident der Republik Moldau wurde bis 1996 und erneut seit 2016 per landesweiter Direktwahl bestimmt, in der Zwischenzeit erfolgte die Wahl per 3/5 Mehrheit durch das moldauische Parlament. Das Amt ist hauptsächlich mit repräsentativen und außenpolitischen Kompetenzen ausgestattet, während die exekutive Regierungsarbeit durch das dem Parlament verantwortlichen Kabinett unter Vorsitz der Ministerpräsidentin bzw. des Ministerpräsidenten ausgeübt wird.

Das **politische System der Republik Moldau** ist zwar grundsätzlich pluralistisch und parlamentarisch ausgerichtet, jedoch von anhaltend starker Krisenanfälligkeit und Polarisierung unter den politischen Akteuren geprägt. Insbesondere 2009 und 2019 mündeten die Ergebnisse von Parlamentswahlen in Verfassungskrisen und offenbarten in beiden Fällen ein labiles Zusammenspiel der legislativen, exekutiven und judikativen Verfassungsorgane in der politischen Praxis. 2009 kam es nach dem umstrittenen Wahlsieg der bis dahin alleinregierenden *Partei der Kommunisten der Republik Moldau (PCRM)* zu gewalttätigen Straßenschlachten und zahlreichen Verhaftungen von Demonstrierenden in Chişinău; zudem scheiterte in zwei Wahlgängen die Wahl eines neuen Staatsoberhauptes im Parlament.¹² Die darauf verfassungsgemäß notwendig gewordene Neuwahl des Parlaments im Juli 2009 erbrachte zwar eine knappe Mehrheit für die Opposition, jedoch konnte das Amt des Staatsoberhauptes nach Rücktritt von Präsident Vladimir Voronin (PCRM) in Ermangelung einer 3/5-Mehrheit lediglich kommissarisch mit dem Parlamentssprecher Mihai Ghimpu (*Liberale Partei Moldaus*) besetzt werden.¹³ Erst 2012 wurde mit dem parteilosen Richter Nicolae Timofti wieder regulär ein Staatsoberhaupt im Parlament gewählt.¹⁴

2019 kam es im Zuge der Regierungsbildung nach der Parlamentswahl zur vorübergehenden Suspendierung des damaligen Staatspräsidenten Dodon durch das moldauische Verfassungsgericht aufgrund der Auffassung des Gerichts, dass Dodon dessen Anordnung zur Auflösung des gerade gewählten Parlaments missachtet habe.¹⁵ Die Auflösung des Parlaments war vom Verfassungsgericht angeordnet worden, da nach dessen

⁷ Vgl. Kapitel 2.2.

⁸ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 1

⁹ Bundeszentrale für politische Bildung: Parlamentswahlen in Moldau, 26.02.2019

¹⁰ Justizministerium der Republik Moldau: Gesetz Nr. 113 zur Änderung einiger Rechtsakte, russische Version, 15.08.2019

¹¹ Ebd., Artikel 94 des Gesetzes

¹² Moser, Stefanie: Von der Krise zum Aufbruch? Die Republik Moldau nach dem Regierungswechsel, Februar 2010, S. 2

¹³ Ebd., S. 4

¹⁴ BBC: Nicolae Timofti finally elected Moldova President, 16.03.2012

¹⁵ Deutsche Welle: Moldaus Präsident Dodon entmachtet, 09.06.2019

Auffassung die Regierungsbildung nicht in der verfassungsmäßigen Frist von drei Monaten erfolgt war.¹⁶ Letztlich wurde die Legitimität der neugewählten Regierung unter Ministerpräsidentin Maia Sandu durch das Verfassungsgericht jedoch anerkannt, ebenso konnte Staatspräsident Dodon sein Amt wieder ausüben.

Das **Parteiensystem der Republik Moldau** ist bislang von Unbeständigkeit und rasch wechselnden Allianzen unter den politischen Parteien geprägt. Eine der stärksten Kräfte im derzeitigen Parteienspektrum ist *die Partei der Sozialisten der Republik Moldau (PSRM)*; sie stellte mit Igor Dodon von 2016 bis 2020 den Staatspräsidenten und ging als stärkste Einzelkraft aus den Parlamentswahlen 2014 und 2019 hervor.¹⁷ Ab der Parlamentswahl 2014 gelang es der PSRM erfolgreich das russischsprachige bzw. russlandorientierte Wählerspektrum anzusprechen, welches zuvor als Stammklientel der PCRМ galt. Die PCRМ konnte von 2001 bis 2009 eine absolute parlamentarische Mehrheit einnehmen sowie die Position des Staatspräsidenten mit ihrem Parteivorsitzenden Vladimir Voronin besetzen. Bei der Wahl 2019 scheiterte die Partei jedoch an der Sperrhürde für den Einzug in das Parlament.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums konstituierte sich eine Vielzahl an Parteien des zentristischen bzw. liberalen politischen Spektrums, die nach dem Machtverlust der PCRМ ab 2009 in verschiedenen kurzlebigen Wahlbündnissen (*Allianz für europäische Integration 2009-2013, Pro-europäische Koalition 2013-2015, Politische Allianz für ein Europäisches Moldau 2015, Allianz für europäische Integration III 2015-2016*) in der moldauischen Regierung offiziell eine zur EU gerichtete Annäherungspolitik verfolgten. Diese fand schließlich ihren Höhepunkt im Abschluss des EU-Moldau-Assoziierungsabkommens 2014, das seither den Rahmen der offiziellen Beziehungen zwischen beiden Seiten festlegt. Nach der Parlamentswahl 2014 konnten die pro-europäischen Parteien weiterhin eine parlamentarische Mehrheit einnehmen, die innenpolitische und rechtsstaatliche Lage verschlechterte sich jedoch zunehmend.¹⁸ Zu den gegenwärtig im Parlament vertretenen Parteien des liberalen und reformorientierten Spektrums gehören die *Partei der Aktion und Solidarität (PAS)* sowie die *Plattform Würde und Wahrheit (Platforma DA)*, die zur Parlamentswahl 2019 ein gemeinsames Wahlbündnis bildeten. Die ehemalige Ministerpräsidentin und heutige Staatspräsidentin Maia Sandu war bis Ende 2020 Parteivorsitzende der PAS. Ebenfalls in das Parlament zogen bei der Wahl 2019 die *Demokratische Partei Moldaus (PDM)* sowie die *Şor-Partei* des Geschäftsmanns Ilan Şor ein. Die nächste Parlamentswahl findet am 11.07.2021 als vorgezogene Wahl statt.

1.3. Rechtsstaatlichkeit

Zu den zentralen Problemfeldern der Republik Moldau zählen die mangelnde Unabhängigkeit der Justiz und die schwach ausgeprägte Bereitschaft der Strafverfolgungsbehörden zur Verurteilung von amtstragenden Personen bei Korruption und Menschenrechtsverletzungen.¹⁹ Während der 2010er Jahren verdichtete sich das internationale Bild der Republik Moldau als sogenannter „*captured state*“²⁰ infolge von Korruptionsskandalen und des politischen Einflusses oligarchischer Akteure. Als Schlüsselfigur in Wirtschaft und Politik galt dabei der Oligarch Vladimir Plahotniuc²¹, der zugleich als Parteivorsitzender der zeitweise an der Regierung beteiligten PDM fungierte. Nach der Parlamentswahl 2019 wurde die PDM zunächst in die Opposition verwiesen; Plahotniuc setzte sich wenig später nach mutmaßlichem Erhalt persönlicher Drohungen in das Ausland ab.²² Die moldauischen Behörden erwirkten später einen internationalen Haftbefehl gegen ihn.²³

Als Beispiel systemischer Korruption der jüngeren Vergangenheit gilt vor allem das Verschwinden von insgesamt rund einer Milliarde US-Dollar über zweifelhafte Kredite an ausländische Firmen von drei moldauischen Banken im Jahr 2014.²⁴ In der Folge kam es u.a. zur Verhaftung des ehemaligen moldauischen Ministerpräsidenten und mutmaßlich Beteiligten Vladimir Filat, der zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Bundeszentrale für politische Bildung: Parlamentswahlen in Moldau, 26.02.2019

¹⁸ Vgl. Kapitel 1.3.

¹⁹ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 1-2

²⁰ Transparency International Moldova: State Capture: The Case of the Republic of Moldova, 16.07.2017

²¹ Ebd.; Sieg, Martin/Avram, Andrei: Republik Moldau: Maia Sandu zur Präsidentin gewählt, November 2020

²² U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2011, S. 29

²³ Ebd.

²⁴ Popsoi, Mihail: Anti-Corruption Policy Failure: The Case of Moldova's Billion Dollar Scandal, Juni 2017

wurde.²⁵ Der Vorsitzende der Șor-Partei, Ilan Șor, wurde wegen Geldwäsche im Zusammenhang mit dem Skandal zu einer Haftstrafe von 7,5 Jahren verurteilt, gegen die er Berufung einlegte.²⁶

Mit der Wahl Maia Sandus zur neuen Staatspräsidentin im November 2020 verbinden sich Erwartungen auf einen reformorientierten Kurs der Republik Moldau hinsichtlich der Stärkung rechtsstaatlicher Mechanismen.²⁷ Die ehemalige Ministerpräsidentin stützte sich im Wahlkampf auf eine dezidierte Antikorruptions- und Modernisierungsagenda²⁸, ist aber in innenpolitischen Fragen auf ein konstruktives Zusammenspiel unter den parlamentarischen Kräften angewiesen.²⁹ Im Kontext der Amtsübergabe kam es im Dezember 2020 erneut zu größeren Demonstrationen in der Hauptstadt Chișinău zur Unterstützung der neugewählten Präsidentin, als Vorstöße im Parlament zur Einschränkung der präsidialen Kompetenzen in die Öffentlichkeit drangen.³⁰ Im Frühjahr 2021 spitzte sich die innenpolitische Lage zwischen Präsidentin Sandu und der Parlamentsmehrheit unter Führung der PSRM um die Frage der Herbeiführung einer vorgezogenen Parlamentsneuwahl zu einer erneuten Verfassungskrise zu. Der Europarat äußerte sich besorgt über ein verfassungswidriges Misstrauensvotum der Parlamentsmehrheit gegen mehrere Richter des Verfassungsgerichts³¹, welches zuvor die von Präsidentin Sandu beabsichtigte Auflösung des 2019 gewählten Parlaments als rechtmäßig anerkannte.³²

Die **Bekämpfung der Korruption** stellt nach wie vor eine zentrale Herausforderung der moldauischen Politik dar.³³ Im Korruptionswahrnehmungsindex 2020 von Transparency International befindet sich die Republik Moldau auf dem 115. Platz von 180 untersuchten Staaten.³⁴ Trotz einer Vielzahl rechtlicher und institutioneller Reformen in den vergangenen Jahren sind die praktischen Defizite bei der Korruptionsbekämpfung nach wie vor evident³⁵, insbesondere mit Blick auf den niedrigen wirtschaftlichen Entwicklungsstatus des Landes. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von rund 11,9 Milliarden US-Dollar im Jahr 2020 ist die Republik Moldau eines der ärmsten Länder in Europa.³⁶ Infolgedessen hat ein großer Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung das Land verlassen. Als Zielsektoren zur Arbeitsmigration für moldauische Staatsangehörige gelten insbesondere das Sozial- und Baugewerbe in EU-Ländern und in der Russischen Föderation.³⁷ Nach einer Studie der Vereinten Nationen könnte die Bevölkerung der Republik Moldau bis 2035 infolge des massiven Bevölkerungsrückgangs auf rund 2,08 Mio. schrumpfen.³⁸

1.4. Politische Lage in Gagausien

Das im Süden Moldaus liegende und auf mehrere geographisch voneinander getrennten Verwaltungseinheiten verteilte Gebiet Gagausien (offiziell: **Autonome Territoriale Einheit Gagausien**) verfügt als Siedlungsgebiet der gagausischen Minderheit über einen speziellen Autonomiestatus, der innerhalb der moldauischen Verfassung verankert ist.³⁹ Im Gegensatz zur moldauischen Mehrheitsbevölkerung und den ansässigen slawischen Minderheiten in der Republik Moldau handelt es sich bei der gagausischen Volksgruppe um ein überwiegend christlich-orthodoxes Turkvolk, dessen Sprache als Varietät des Türkischen gilt. Nach Zensusangaben betrug die Bevölkerung im Jahr 2014 rund 147.500 Personen.⁴⁰

²⁵ bne IntelliNews: Moldovan ex-premier Filat jailed for 9 years in \$1bn bank fraud case, 27.06.2016

²⁶ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 29

²⁷ Minzarari, Dumitru: Moldovan Presidential Elections Driven by Insecurity Not Geopolitics, Dezember 2020

²⁸ Milewski, Oktawian: Challenging the status quo in Moldova. What now after Maia Sandu's victory?, 01.12.2020

²⁹ Cenusă, Denis: Moldovans elected an anti-corruption president, avoiding „colour revolution“, 18.11.2020

³⁰ Euronews: Thousands protest in call for resignation of Moldovan government, 06.12.2020

³¹ Council of Europe: CONSTITUTIONAL CRISIS IN THE REPUBLIC OF MOLDOVA – call for restraint and dialogue – Parliament should repeal today's decision - statement by President Buquicchio, 23.04.2021

³² Dulgher, Maria: Constitutional Court decided that Parliament can be dissolved. The next question: When there will be snap elections?, 15.04.2021

³³ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 2

³⁴ Transparency International: Korruptionswahrnehmungsindex 2020, Tabellarische Rangliste

³⁵ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 30

³⁶ Nach Angaben der Weltbank, Moldova Overview 2020, 06.04.2021

³⁷ Stemmer, Anna: The Republic of Moldova and the Migration, 09.10.2011, S. 43

³⁸ Gagauz, Olga et al.: Population Situation Analysis in the Republic of Moldova, 2016, S. 9

³⁹ Verfassungsgericht der Republik Moldau: Art. 111 der moldauischen Verfassung

⁴⁰ Minority Rights Group International: Moldova, Roma, Januar 2018

Ähnlich wie in Transnistrien kam es infolge der „Rumänisierungspolitik“ der moldauischen Regierung Anfang der 1990er Jahre zu einer faktischen Sezession Gagausiens, im weiteren Verlauf nach erfolgreichen Verhandlungen jedoch zu einer Wiedereingliederung des Gebiets in den Staatsverband der Republik Moldau. Präzisiert ist der Autonomiestatus durch ein entsprechendes Gesetz des moldauischen Parlaments aus dem Jahr 1994.⁴¹ Demnach besitzt Gagausien eigene politische Institutionen wie ein Parlament und ein direkt gewähltes Regierungsoberhaupt. Außerdem hält das Gesetz in Artikel 1 fest, dass Gagausien das Recht auf externe Selbstbestimmung für den Fall gewährt wird, dass die Republik Moldau ihren Status als unabhängiger Staat verlieren sollte.⁴²

Die politischen Beziehungen zwischen Gagausien und der Republik Moldau waren in den vergangenen Jahren von Spannungen geprägt. Insbesondere stößt die Annäherungspolitik der Republik Moldau an die EU auf Skepsis in Gagausien, das enge Beziehungen zur Türkei und zur Russischen Föderation unterhält.⁴³ Tatsächlich votierten über 98% der teilnehmenden gagausischen Bevölkerung in einem umstrittenen Referendum 2014 für eine Aufnahme in der unter russischer Ägide stehenden Eurasischen Zollunion.⁴⁴ Das Referendum selbst fand gegen den Willen der moldauischen Zentralregierung statt, wurde jedoch seitens der Russischen Föderation unterstützt.⁴⁵

1.5 Politische Lage in Transnistrien

Die im Osten der Republik Moldau jenseits des Dnjestr-Flusses liegende Region Transnistrien hat sich infolge des moldauischen Unabhängigkeitsprozesses Anfang der 1990er Jahre in einem bewaffneten Konflikt gegen die Zentralregierung in Chişinău abgespalten und seither unter der Bezeichnung **„Pridnestrowische Moldauische Republik (PMR)“** de facto eigenstaatliche Strukturen aufgebaut. Völkerrechtlich gilt sie jedoch nach wie vor als Teil der Republik Moldau. Als Hauptgrund der damaligen Sezession galt vor allem der Widerwille der ethnisch heterogen geprägten Bevölkerung des Gebiets gegenüber der als nationalistisch wahrgenommenen Politik der moldauischen Regierung sowie der zeitweisen Forderung einflussreicher politischer Kräfte in Chişinău nach einer Vereinigung mit dem rumänischen Nachbarland.⁴⁶ Transnistrien ist zudem mit weiteren Sezessionsgebieten im postsowjetischen Raum – Abchasien, Südossetien und Bergkarabach – in der „Gemeinschaft nicht-anerkannter Staaten“ verbunden, die sich gegenseitig anerkennen.⁴⁷

Obleich bis heute ohne jegliche offizielle internationale Anerkennung, steht Transnistrien faktisch unter weitgehender Abhängigkeit von der Russischen Föderation.⁴⁸ Seit dem Ende der Kampfhandlungen 1992 durch einen Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien ist der Transnistrien-Konflikt einer der ungelösten **„eingefrorenen Konflikte“** im postsowjetischen Raum. Russische Streitkräfte überwachen seither auf Seiten Transnistriens offiziell als friedenssichernde Truppen die Einhaltung des Status Quo.⁴⁹ Der seit langem von der Republik Moldau erhobenen Forderung nach einem Abzug des russischen Militärs aus Transnistrien ist die Russische Föderation bislang nicht nachgekommen.⁵⁰ Zuletzt bekräftigte Staatspräsidentin Maia Sandu kurz vor ihrem Amtsantritt im Dezember 2020 erneut die Forderung nach einem Truppenabzug sowie der Einsetzung einer zivilen Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und stieß damit auf Ablehnung seitens der russischen Regierung.⁵¹

⁴¹ Regione Autonoma Trentino-Alto Adige/Südtirol: The Law on the Special Legal Status of Gagauzia, (Gagauz Yeri), englische Version, ohne Datum

⁴² Ebd.

⁴³ Goble, Paul: Moscow Concerned About Turkish Influence on the Gagauz, 10.12.2020

⁴⁴ Büscher, Klemens: Der Transnistrienkonflikt im Lichte der Ukraine-Krise, Juli 2016, S. 39

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Dulgher, Maria: Fighting for human rights in Transnistria – using all legal means or not using them at all, 22.05.2021; Heinemann-Grüder, Andreas: Postsowjetische De-Facto-Regime, 20.11.2020

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Lins de Albuquerque, Adriana/Hedenskog, Jakob: Moldova. A Defence Sector Reform Assessment, Swedish Armed Forces, Dezember 2016, S. 18-19

⁵¹ Nienhuysen, Frank: Streit um russisches Faustpfand, 03.12.2020

Die moldauischen Behörden üben bis dato keinerlei Kontrolle über das Gebiet Transnistriens aus. Zahlreiche Vermittlungsversuche, primär im sogenannten „5+2-Format“⁵², konnten bislang keinen Durchbruch zur Lösung des Konflikts erzielen. Zur Friedens- und Grenzsicherung existieren weitere institutionelle Plattformen zwischen den Konfliktparteien wie die *Joint Control Commission (JCC)* unter russischer Beteiligung sowie die *European Union Border Assistance Mission to Moldova and Ukraine (EUBAM)*. Für die OSZE ist seit Januar 2020 der Österreicher Thomas Mayr-Harting als Sonderbeauftragter für die Beilegung des Transnistrien-Konflikts eingesetzt, der als Mediator zwischen den Parteien fungieren soll.⁵³ Ein zuletzt im Juli 2020 erfolgtes persönliches Treffen des moldauischen Präsidenten Igor Dodon mit dem transnistrischen de-facto-Staatsoberhaupt brachte keine Fortschritte bei der Konfliktlösung.⁵⁴

Trotz der Existenz quasi-staatlicher Strukturen und der Abhaltung von Wahlen kann von freier demokratischer Partizipation in Transnistrien nicht gesprochen werden.⁵⁵ Es existiert zwar formal ein Multiparteiensystem, jedoch konzentriert sich die politische Macht auf das Staatsoberhaupt und die derzeit dominierende „Republikanische Partei – Erneuerung“ (russisch: Обновление/Obnovlenie). Alle wesentlichen politischen Kräfte betonen die enge Verbundenheit zur Russischen Föderation und lehnen bislang eine Wiederannäherung oder gar Wiedervereinigung mit dem moldauischen Staat grundsätzlich ab.⁵⁶ Großen Einfluss auf Politik und Wirtschaft wird dem Mischkonzern *Sheriff* zugeschrieben, der als reichstes und einflussreichstes Unternehmen in Transnistrien gilt und in weiten Teilen des ökonomischen Sektors eine faktische Monopolstellung einnimmt.⁵⁷ Die jüngsten „Parlamentswahlen“ im November 2020 ergaben eine Wahlbeteiligung von rund 28%; in 23 von 33 Wahlkreisen trat dabei lediglich ein Kandidat der Regierungspartei Obnovlenie an, die nun 29 der 33 Parlamentssitze hält.⁵⁸ Die restlichen vier Sitze gingen an formal unabhängige Kandidaten mit mutmaßlich engen Verbindungen zur Obnovlenie-Partei und zum Sheriff-Konzern.⁵⁹ Als „Präsident“ Transnistriens amtiert seit 2016 Vadim Krasnoselsky.

In den internationalen Fokus geriet der Transnistrien-Konflikt zeitweise wieder ab 2014 durch die politischen Ereignisse in der benachbarten Ukraine. Nach Vorbild der im März 2014 erfolgten russischen Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim stellte die transnistrische de-facto-Regierung einen (folgenlosen) Beitrittsantrag an die Russische Föderation.⁶⁰ Durch die infolge der Krise eingetretene rapide Verschlechterung der Beziehungen zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation entstand zugleich auch für Transnistrien eine Zuspitzung der politischen und wirtschaftlichen Lage, als die ukrainische Regierung die Versorgung der russischen Truppen in Transnistrien auf dem Landweg einstellte und intensivere Grenzkontrollen zu Transnistrien einführte.⁶¹

⁵² Bestehend aus den Mediatoren Russland, Ukraine, USA, der EU und der OSZE sowie den beiden Konfliktparteien Moldau und Transnistrien/„Pridnestrowische Moldauische Republik“.

⁵³ OSCE: Thomas Mayr-Harting, Special Representative of the OSCE Chairperson-in-Office for the Transdnestrian Settlement Process, ohne Datum

⁵⁴ Amnesty International: Moldova 2020, ohne Datum

⁵⁵ Freedom House: Freedom in the World 2020: Country report Transnistria, Abschnitt „Overview“

⁵⁶ Heinemann-Grüder, Andreas: Postsowjetische De-Facto-Regime, 20.11.2020

⁵⁷ Socor, Vladimir: Transnistrian Voting Raid: A Bad Precedent for Moldova and Other Conflict Theaters, 11.03.2019

⁵⁸ Ernst, Iulian: Breakaway Transnistria fully under Sherrif's control as Obnovlenie party sweeps board in parliament election, 03.12.2020

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Heinemann-Grüder, Andreas: Postsowjetische De-Facto-Regime, 20.11.2020

⁶¹ Büscher, Klemens: Der Transnistrienkonflikt im Lichte der Ukraine-Krise, Juli 2016, S. 40

2. Menschenrechtslage

2.1. Rechtlicher Rahmen

Die Republik Moldau bekennt sich verfassungsgemäß zur Einhaltung der Menschen- und Freiheitsrechte in Übereinstimmung mit der universellen Deklaration der Menschenrechte.⁶² Sie ist Mitglied des Europarats und hat die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Europäische Konvention gegen Folter ratifiziert.

Es existiert das Amt einer unabhängigen Ombudsperson für Menschenrechte, welches jeweils für eine siebenjährige Amtsperiode besetzt wird und die Kompetenz für eigenständige Untersuchungen bei eingehenden Beschwerden besitzt.⁶³ Zudem existiert eine separate Ombudsperson für Kinderrechte, die innerhalb derselben Strukturen tätig ist.⁶⁴ Des Weiteren wurde ein nationaler Menschenrechtsrat, bestehend aus der moldauischen Regierung sowie Vertretenden von Nichtregierungsorganisationen und der Vereinten Nationen gegründet, der die Implementierung der rechtlichen Verpflichtungen evaluieren soll.⁶⁵ Dazu gehören neben den internationalen Standards und Konventionen das Monitoring der nationalen Aktionspläne für Menschenrechte, die unter Berücksichtigung der Empfehlungen durch die EU, den Europarat, die OSZE und andere internationale Organisationen aufgestellt werden. Im aktuell gültigen *Nationalen Aktionsplan für Menschenrechte 2018-2022* hat sich die Republik Moldau auf die Umsetzung strategischer Ziele in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren verpflichtet.⁶⁶ Der Europarat beschloss im November 2020 einen Aktionsplan für die Republik Moldau 2021 bis 2024 mit dem Ziel der weiteren legislativen, institutionellen und praktischen Annäherung an europäische Standards.⁶⁷ Am 19.04.2021 wurde dieser neue Aktionsplan im Beisein von Staatspräsidentin Sandu in Straßburg offiziell in Kraft gesetzt.⁶⁸

Bei der Umsetzung der Vorhaben aus den bisherigen Aktionsplänen gibt es nach wie vor anhaltende Probleme in wesentlichen Bereichen, vor allem bei Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und Menschenhandel; zudem fehlt es zum Teil an ausreichender Finanzierung der einzelnen Vorhaben.

2.2. Ethnische Zugehörigkeit und Religionszugehörigkeit

Die Titularethnie der Moldauerinnen und Moldauer stellt nach Zensusangaben von 2014 rund 75% der Bevölkerung, hinzu kommen ca. 7% sich als rumänisch verstehende Staatsangehörige.⁶⁹ Weiterhin leben rund 6,6% Ukrainerinnen und Ukrainer, 4,6% Gagausinnen und Gagausen, 4,1% Russinnen und Russen, 1,9% Bulgarinnen und Bulgaren, 0,3% Roma und weitere kleinere Minderheiten in Moldau.⁷⁰ Nach Art. 16 der moldauischen Verfassung ist die Diskriminierung ethnischer Minderheiten verboten. Das Zusammenleben der ethnischen Minderheiten im Alltag verläuft vor dem Hintergrund der langen multiethnischen Geschichte des Landes zumeist friedlich. Die russisch- und ukrainischstämmige Bevölkerung ist insbesondere in dem nicht von der Zentralregierung kontrollierten Gebiet Transnistrien ansässig, wo sie gemeinsam eine Bevölkerungsmehrheit gegenüber dem moldauischen Bevölkerungsteil bildet. Die gagausische Bevölkerung verfügt als einzige nationale Minderheit in ihrem angestammten Siedlungsgebiet über einen Autonomiestatus. Es existiert ein Büro für interethnische Beziehungen als Regierungsinstitution für die Minderheitenpolitik, dieses wird beraten von einem koordinierenden Rat der nationalen Minderheiten mit

⁶² Verfassungsgericht der Republik Moldau: Art. 4 der moldauischen Verfassung

⁶³ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 32

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Government of Republic of Moldova: Moldova's national council for human rights holds meeting at government, 15.09.2020

⁶⁶ Council of Europe: National Human Rights Action Plan for the period 2018-2022, ohne Datum

⁶⁷ Council of Europe: Council of Europe adopts new Action Plan for the Republic of Moldova, 26.11.2020

⁶⁸ Council of Europe: New Council of Europe Action Plan for the Republic of Moldova launched in Strasbourg, 19.04.2021

⁶⁹ National Bureau of Statistics of the Republic of Moldova: The Population of the Republic of Moldova at the time of the Census was 2,998,235, 31.03.2017

⁷⁰ Ebd.

Minderheitenvertretenden als Mitgliedern.⁷¹ Die Regierung beschloss im Dezember 2016 eine Strategie für die interethnischen Beziehungen für die Jahre 2017 bis 2027.⁷²

Als Verkehrs- und Alltagssprache unter den ethnischen Minderheiten – aber auch in der Gesamtbevölkerung – ist die russische Sprache faktisch im ganzen Land weit verbreitet und unterliegt in der Praxis keiner Behinderung durch den moldauischen Staat, besitzt aber lediglich in Transnistrien und Gagausien den Status einer offiziell anerkannten Amtssprache. Insbesondere in Transnistrien ist das Russische die dominierende Sprache in Öffentlichkeit und Verwaltung, formal ist sie jedoch den beiden anderen dortigen Amtssprachen Moldauisch (Rumänisch) und Ukrainisch gleichgestellt. Auch in Gagausien findet die russische Sprache als Verwaltungs- und Alltagssprache weite Verbreitung. Zuletzt wurde im Januar 2021 ein zuvor parlamentarisch beschlossenes Sprachengesetz vom moldauischen Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt, welches das Russische offiziell in ganz Moldau in den Status als Sprache der interethnischen Kommunikation erheben sollte.⁷³ Zur Begründung führte das Gericht u.a. aus, dass das Gesetz der integrativen Funktion der rumänische Sprache als offizielle Staatssprache zuwiderlaufe und zudem eine diskriminierende Wirkung auf andere im Land verwendete Sprachen ausginge.⁷⁴

Die Bevölkerungsgruppe der **Roma** ist von stark erhöhter Vulnerabilität und gesellschaftlicher Marginalisierung – insbesondere im Bildungs- und Arbeitsbereich – betroffen.⁷⁵ Laut offizieller Zensusangaben von 2014 gehören rund 9.000 Personen den Roma an, nach Schätzungen von Roma-Vertretenden jedoch bis zu 250.000 Personen.⁷⁶ Roma-Angehörige weisen im Vergleich zur restlichen Bevölkerung eine deutlich niedrigere Alphabetisierungs- und überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote auf.⁷⁷ Einer Studie zufolge liegt die Beschäftigungsrate von Roma-Angehörigen bei lediglich 6,4%.⁷⁸ Frauen, Kinder und Jugendliche mit Roma-Hintergrund sind besonders von mangelndem Zugang und Diskriminierungen im Bildungs- und Sozialbereich betroffen.⁷⁹ Die Emigrationsrate der Roma aus der Republik Moldau ist nach Angaben von Roma-Vertretenden auf unvermindert hohem Niveau.⁸⁰

Die Mehrheit der Roma-Angehörigen lebt in ländlichen Gebieten der Republik Moldau mit unzureichendem Zugang zu sozialen und medizinischen Dienstleistungen sowie schlechten Wohnverhältnissen.⁸¹ Insbesondere Roma-Mädchen sind nach wie vor von Zwangsheiraten betroffen.⁸² Die moldauische Regierung hat in den vergangenen Jahren Bemühungen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Inklusion der Roma unternommen, so beispielsweise durch die Einführung spezieller Mediatorinnen und Mediatoren, die zwischen ihren lokalen Roma-Gemeinschaften und den staatlichen Behörden interagieren.⁸³ Im Jahr 2020 existierten nach Angaben des U.S. Department of State landesweit 54 aktive Roma-Mediatorinnen und Mediatoren.⁸⁴ In der praktischen Umsetzung sind diese bei ihrer Aufgabenerfüllung jedoch mit finanziellen und logistischen Hürden konfrontiert, die teils mit der noch nicht hinreichenden Umsetzungsbereitschaft der staatlichen Behörden zusammenhängen.⁸⁵ Nach Angaben der Roma hat der moldauische Staat trotz rechtlicher Verpflichtung die

⁷¹ Minority Rights Group International: Moldova, Roma, Januar 2018

⁷² Government of Republic of Moldova: Government approved Strategy of strengthening interethnic relations, 14.12.2016

⁷³ Dulgher, Maria: The Status of the Russian Language in Moldova caused a collision of remarks made by Russian and Moldovan authorities: Why shouldn't have this happened?, 23.01.2021

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 43

⁷⁶ Minority Rights Group International: Moldova, Roma, Januar 2018

⁷⁷ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 43

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 36f., 43f.; Minority Rights Group International: Moldova, Roma, Januar 2018

⁸⁰ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 44

⁸¹ Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatovic: Country report following her visit to the Republic of Moldova from 9 to 13 March 2020, 25.06.2020, S. 21

⁸² U.S. Department of State: Moldova 2019 Human Rights Report, S. 28

⁸³ Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatovic: Country report following her visit to the Republic of Moldova from 9 to 13 March 2020, 25.06.2020, S. 20

⁸⁴ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 44

⁸⁵ Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatovic: Country report following her visit to the Republic of Moldova from 9 to 13 March 2020, 25.06.2020, S. 20

Finanzierung der Mediatorinnen und Mediatoren bislang nicht umgesetzt, da dem Aktionsplan 2016-2020 für die Roma-Bevölkerungsgruppe keine finanziellen Mittel zugrunde lagen.⁸⁶

Die Glaubensfreiheit ist in Art. 37 der moldauischen Verfassung verankert, religiöse Gruppierungen genießen demnach eine Autonomie. Dem orthodoxen Christentum wird jedoch rechtlich seitens des moldauischen Staates eine „außergewöhnliche Bedeutung und fundamentale Rolle“ eingeräumt.⁸⁷ Religiöse Gruppen müssen zur Ausübung ihres Glaubens nicht staatlich registriert sein, jedoch sind viele Privilegien wie beispielsweise der Erwerb von Grundstücken oder der Bau von Glaubenshäusern nur registrierten religiösen Minderheiten vorbehalten.⁸⁸ Eine Glaubensgemeinschaft muss mindestens hundert Gläubige im Falle einer beabsichtigten Registrierung nachweisen.⁸⁹

Nach Zensusangaben von 2014 sind rund 90% der Bevölkerung orthodoxe Christen, davon gehören wiederum 90% der Moldauisch-Orthodoxen Kirche als mit Abstand größter Glaubensgemeinschaft und 10% der Bessarabisch-Orthodoxen Kirche an.⁹⁰ Als größte nicht-orthodoxe religiöse Gruppen gelten Baptistinnen und Baptisten, Zeugen Jehovas sowie Pfingstkirchlerinnen und Pfingstkirchler mit zwischen 15.000 und 30.000 Angehörigen.⁹¹ Weniger als 5% der Bevölkerung umfassen Angehörige der Siebenten-Tags-Adventisten; evangelikale, katholische sowie lutheranische Christinnen und Christen; Musliminnen und Muslime; Jüdinnen und Juden sowie sich als atheistisch verstehende Personen.⁹² Religiöse Gruppierungen, insbesondere die jüdische Gemeinschaft, berichten von anhaltenden Vandalismusvorfällen und Online-Hassreden; insgesamt sind nach Angaben des U.S. Department of State im Jahr 2020 bedingt durch die COVID-19-Pandemie allerdings weniger religiös motivierte Übergriffe im Vergleich zu den Vorjahren zu verzeichnen.⁹³ Die dominierende Rolle der Moldauisch-Orthodoxen Kirche zeigt sich nach Angaben religiöser Minderheiten auch in teils schikanierendem Umgang moldauisch-orthodoxer Priester gegenüber Angehörigen anderer Religionen.⁹⁴

2.3. Politische Betätigungsfreiheit

Die politische Betätigungsfreiheit ist grundsätzlich gegeben, oppositionelle Parteien sind sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch vertreten. Einschüchterungsversuche und politisch motivierte Strafverfahren von staatlicher Seite gegenüber oppositionellen Parteien oder Einzelpersonen kommen vor, allerdings nach Angaben des U.S. Department of State im Jahr 2020 mit rückläufiger Tendenz.⁹⁵

Parlamentsabgeordnete berichteten etwa von Einschüchterungsversuchen durch Telefonabhörung bei Partei- bzw. Fraktionswechsel.⁹⁶ Der Zugang zu Finanzen und Medien ist sehr ungleich verteilt und oppositionellen Akteuren durch die Konzentration politischer und medialer Strukturen in der Praxis oft verwehrt.⁹⁷

2.4. Presse- und Meinungsfreiheit

Presse- und Meinungsfreiheit sind verfassungsmäßig geschützt und werden in der Praxis grundsätzlich gewährleistet, auch bei regierungskritischem Inhalt.⁹⁸ Einschränkungen finden nur statt bei Themen, die die nationale Sicherheit, territoriale Integrität, öffentliche Ordnung oder Sicherheit berühren.⁹⁹ Die Medienlandschaft ist heterogen, in der Praxis aber in starkem Ausmaß von Eigentümerkonzentration und Monopolisierung des Werbemarktes geprägt, was insbesondere kleinere und unabhängige Medien unter Druck

⁸⁶ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 44

⁸⁷ U.S. Department of State: Moldova 2020 International Religious Freedom Report, 12.05.2021, S. 3

⁸⁸ Ebd., S. 3-4

⁸⁹ Ebd., S. 4

⁹⁰ Ebd., S. 2

⁹¹ Ebd.

⁹² Ebd., S. 2-3

⁹³ Ebd., S. 14-15

⁹⁴ Ebd., S. 2

⁹⁵ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 28

⁹⁶ Ebd.

⁹⁷ Vgl. Kapitel 2.5.

⁹⁸ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 17

⁹⁹ Ebd.

setzt.¹⁰⁰ Zudem besteht eine starke Abhängigkeit von privatem Sponsoring mit typischerweise klarer politischer Tendenz.¹⁰¹ Der zuvor vom Oligarchen Plahotniuc dominierte Medienmarkt wird nach Einschätzung des U.S. Department of State zunehmend abgelöst durch Medienunternehmen im Umfeld der sozialistischen Partei PSRM des abgewählten Präsidenten Dodon.¹⁰²

In den vergangenen Jahren hat sich die Pressefreiheit in Moldau auch in der internationalen Bewertung negativ entwickelt. Im *Press Freedom Index 2021* von Reporter ohne Grenzen wird Moldau auf Platz 89 von 180 untersuchten Staaten geführt.¹⁰³ Noch 2014 wurde das Land auf dem 56. Platz eingeordnet.¹⁰⁴ Auch kritische Medienschaffende werden in der Praxis zum Teil mit Schikanen, Einschüchterungen und Gerichtsverfahren durch moldauische Behörden unter Druck gesetzt.¹⁰⁵ 2018 kam es zum Beschluss eines kontrovers diskutierten Mediengesetzes mit der inhaltlichen Festlegung, dass zum Zwecke der audiovisuellen Informationssicherheit in Moldau nur Fernsehprogramme aus der EU, den USA, Kanada sowie all denjenigen Ländern in Moldau ausgestrahlt werden dürfen, die das Europäische Übereinkommen über das grenzüberschreitende Fernsehen ratifiziert haben.¹⁰⁶ Obgleich nicht erwähnt, richtet sich das Gesetz gegen russische Fernsehsender, da die Russische Föderation das Übereinkommen bislang nicht ratifiziert hat, und wurde in der Medienberichterstattung auch als „Anti-Propaganda-Gesetz“ bezeichnet.¹⁰⁷ Das Gesetz sieht bei Verstößen Geldstrafen zwischen 4.000 € und 5.000 € bis hin zum Entzug der Sendelizenz vor und stieß auf heftige Kritik seitens der russischen Staatsduma.¹⁰⁸

2.5. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit

Staat und Verfassung garantieren die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit in Moldau, gewöhnlich werden diese Rechte in der Praxis respektiert.¹⁰⁹ Nichtregierungsorganisationen, Parteien sowie weitere soziale oder politische Gruppierungen können in der Regel ungehindert gegründet werden, solange sie nicht gegen politischen Pluralismus, das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit sowie gegen die Souveränität, Unabhängigkeit oder territoriale Integrität des Staates gerichtet sind.¹¹⁰ Im Juli 2020 kam es zum Beschluss eines NGO-Gesetzes im moldauischen Parlament, welches Vorgaben zu Finanzierung und Berichtswesen von NGOs enthält und mit Vertretenden aus der Zivilgesellschaft abgestimmt wurde.¹¹¹ Friedliche Demonstrationen und Protestzüge finden häufig statt¹¹², vor allem in der Hauptstadt Chişinău. Vereinzelt gibt es Berichte über unverhältnismäßigen Miteinsatz durch Polizei- und Sicherheitskräfte. So setzte die Polizei beispielsweise am 16.07.2020 Tränengas bei einer Demonstration von mehreren Dutzenden friedlich Demonstrierenden in Chişinău ein.¹¹³ 2015 und 2016 fanden in Chişinău großflächige und weitgehend ungehinderte Demonstrationen mit teilweise zehntausenden Teilnehmenden statt, die sich hauptsächlich gegen die systemische Korruption und die moldauische Regierung richteten.¹¹⁴

¹⁰⁰ European Commission: Joint Staff Working Document: Association Implementation Report on Moldova, 11.09.2019, S. 3-4

¹⁰¹ Amnesty International: Moldova 2020, ohne Datum

¹⁰² U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 18

¹⁰³ Reporter ohne Grenzen: 2021 World Press Freedom Index, Ranking 2021

¹⁰⁴ Konrad-Adenauer-Stiftung: Media Freedom in Moldova, 2020

¹⁰⁵ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 17

¹⁰⁶ Gancev, Vasile: What is the future of Moldova's „law on propaganda“?, 20.01.2020

¹⁰⁷ Ebd.

¹⁰⁸ Necsutu, Madalin: Duma Slates Moldovas's Ban on Russian TV Shows, 19.01.2018

¹⁰⁹ Amnesty International: Moldova 2020, ohne Datum

¹¹⁰ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 23

¹¹¹ Amnesty International: Moldova 2020, ohne Datum

¹¹² Ebd.

¹¹³ Ebd.

¹¹⁴ Deutsche Welle: Thousands of protesters decry Moldovan government corruption, 24.01.2016; Deutsche Welle: Zehntausende protestieren gegen Regierung in Moldau, 06.09.2015

2.6. Wehr- und Ersatzdienst

In der Republik Moldau existiert eine **allgemeine zwölfmonatige Wehrpflicht** für alle männlichen Staatsbürger zwischen 18 und 27 Jahren, bei einer Hochschulausbildung gilt eine verkürzte Wehrdauer von drei Monaten.¹¹⁵ Die Registrierung zum Wehrdienst erfolgt bereits im Alter von 16 Jahren.¹¹⁶ Rechtliche Grundlage zur Regelung der Wehrpflicht ist das Gesetz Nr. 1245 vom 18.07.2002.¹¹⁷ Freistellungen vom Wehrdienst sind laut Gesetz unter besonderen Umständen möglich, insbesondere aus Gesundheitsgründen oder Fürsorgepflichten für Kinder.¹¹⁸ Die moldauische Regierung plant seit mehreren Jahren, die allgemeine Wehrpflicht zugunsten einer professionellen Berufsarmee bis 2021 abzuschaffen¹¹⁹, ein endgültiges Datum steht allerdings zum jetzigen Stand noch nicht fest.

Nach moldauischem Strafrecht ist die Umgehung der Wehrpflicht etwa durch Täuschung ein Straftatbestand und kann nach Artikel 353 des Strafgesetzbuches mit einer Geldstrafe bis zu umgerechnet rund 1.500 € oder bis zu 150 Stunden Sozialdienst bestraft werden.¹²⁰ Desertion kann nach Artikel 371 des Strafgesetzbuches mit einer Geldstrafe bis zu umgerechnet rund 2.200 € oder einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft werden.¹²¹ Es besteht laut Gesetz das Recht zur Ableistung eines zwölfmonatigen Ersatzdienstes, wenn Wehrdienstpflichtige aus religiöser Überzeugung oder wegen pazifistischer, ethischer, moralischer bzw. humanitärer Anschauung den Militärdienst nicht ableisten wollen.¹²² Für Staatsangehörige mit Hochschulausbildung beträgt die Dauer des Ersatzdienstes laut Gesetz sechs Monate.¹²³

2.7. Situation von LGBTI

Beim **rechtlichen Schutz von LGBTI** in der Republik Moldau sind in den vergangenen Jahren – u.a. vor dem Hintergrund des politischen Assoziierungsprozesses mit der EU – Fortschritte zu verzeichnen. Seit 1995 ist Homosexualität legalisiert. Eingetragene gleichgeschlechtliche Partnerschaften sowie Ehen sind jedoch nach derzeitigem Stand nicht möglich, da die moldauische Verfassung die Ehe bislang ausschließlich als Verbindung zwischen Frau und Mann bestimmt.¹²⁴ 2013 trat ein Antidiskriminierungsgesetz für den Arbeitsbereich in Kraft, welches 2012 beschlossen wurde.¹²⁵ Das seit 2018/2019 existierende Mediengesetz untersagt auch diskriminierende mediale Darstellungen u.a. basierend auf die sexuelle Orientierung.¹²⁶

Die tatsächliche **Akzeptanz von LGBTI** ist in der weithin konservativ geprägten moldauischen Gesellschaft jedoch nach wie vor sehr niedrig.¹²⁷ Vor allem die Moldauisch-Orthodoxe Kirche als dominierende religiöse Institution im Land nimmt eine ablehnende Position zu den Rechten und Freiheiten sexueller Minderheiten ein. Auch Diskriminierungen durch staatliche Stellen kommen vor, etwa durch mangelnde Bereitschaft der Polizei bei der Entgegennahme von Beschwerden bei Übergriffen aufgrund der sexuellen Identität oder bei der Behandlung transsexueller Personen.¹²⁸ Menschenrechtsorganisationen berichten über anhaltende gewalttätige Übergriffe auf LGBTI-Angehörige und diskriminierende öffentliche Äußerungen (Hassreden) auch hochrangiger politischer Akteure wie dem ehemaligen Staatspräsidenten Igor Dodon, der sich für das Verbot

¹¹⁵ Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Memet Kilic, Agnes Brugger, Josef Philip Winkler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/9494: Folgen der Aussetzung der Wehrpflicht in Deutschland für Deutsche mit einer doppelten Staatsangehörigkeit, 29.05.2012, S. 3

¹¹⁶ Ebd.

¹¹⁷ Justizministerium der Republik Moldau: Gesetz Nr. 1245 über die Vorbereitung der Bürger auf die Verteidigung des Mutterlands, russische Version, 18.07.2002

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ Necsutu, Madalin: Moldova to Scrap Compulsory Military Service by 2021, 21.09.2018

¹²⁰ Justizministerium der Republik Moldau: Strafgesetzbuch der Republik Moldau, Artikel 353, 01.01.2021

¹²¹ Ebd., S. 159

¹²² Justizministerium der Republik Moldau: Gesetz Nr. 156 über die Organisation des öffentlichen (alternativen) Dienstes, russische Version, 06.07.2007

¹²³ Ebd., Artikel 371 des Gesetzes

¹²⁴ Verfassungsgericht der Republik Moldau: Art. 48 Abs. 2 der moldauischen Verfassung

¹²⁵ Council of Europe: Law 121 on Ensuring Equality: 5 years in force in the Republic of Moldova, 28.02.2018

¹²⁶ Laut Artikel 11 des Gesetzes, vgl. Venice Commission: Republic of Moldova, Code of Audiovisual Media Services, 30.07.2020

¹²⁷ COWI/The Danish Institute for Human Rights: Study on Homophobia, Transphobia and Discrimination on

Grounds of Sexual Orientation and Gender Identity. Sociological Report: Moldova, S. 4

¹²⁸ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 44

von LGBTI-Paraden aussprach.¹²⁹ Zwar werden die geltenden strafrechtlichen Bestimmungen gegen Hassrede u.a. im Artikel 346 des moldauischen Strafgesetzbuches festgeschrieben, in der Praxis jedoch kaum angewandt.¹³⁰ Laut Meinungsumfragen in Moldau ist die LGBTI-Community die am wenigsten gesellschaftlich akzeptierte Minderheit¹³¹, obgleich nach Angaben der NGO Promo-LEX im Jahr 2019 eine Reduktion von 30% bei Diskriminierungsvorfällen gegenüber LGBTI-Angehörigen im Vergleich zu 2018 festgestellt werden konnte.¹³² Öffentliche Kundgebungen (so z.B. der *Moldovan Pride March* im Mai 2019 in Chişinău) der LGBTI-Community konnten zwar stattfinden, jedoch nur unter Polizeischutz.¹³³ Die NGO Genderdoc-M in Chişinău setzt sich für LGBTI-Rechte ein und unterstützt Angehörige der LGBTI-Community bei Übergriffen und Diskriminierungsvorfällen.

2.8. Situation von Frauen und Kindern

Frauen und Kinder stehen laut der moldauischen Verfassung unter besonderem Schutz des Staates. Trotz rechtlicher Gleichstellung sind Frauen im öffentlichen Leben unterrepräsentiert und die politische Kultur ist u.a. durch den Einfluss der orthodoxen Kirche patriarchalisch geprägt. Zur **Gleichstellung der Geschlechter** und Förderung von Frauen hat die Republik Moldau verschiedene legislative Maßnahmen erlassen, dazu gehören etwa ein Koordinierungsrat für Gleichstellung und eine nationale Gleichstellungsstrategie 2017-2021.¹³⁴ Frauen wie Männer müssen jeweils mit mindestens 40% auf den Wahllisten zu nationalen und lokalen Wahlen vertreten sein, zusätzlich untersagt das moldauische Wahlgesetz politischen Parteien die öffentliche Verwendung diskriminierender oder stereotypischer Aussagen.¹³⁵ Vor dem Hintergrund der **armutsbedingten Arbeitsmigration** großer Teile der Bevölkerung wachsen Kinder vielfach ohne ihre Eltern in der Obhut durch Großeltern oder Nachbarn auf. In Fällen, wo dies nicht möglich ist, werden Kinder in staatlichen Waisenhäusern untergebracht. Kinderarmut ist in der Republik Moldau weit verbreitet, insbesondere in ländlichen Gebieten.¹³⁶ Zudem sind Kinder trotz legislativer Fortschritte wie der Einrichtung des Nationalen Rats für Menschenrechte immer noch häufig der Kinderarbeit ausgesetzt bzw. werden Opfer sexueller Misshandlungen und von Menschenhandel.¹³⁷

2.9. Menschenhandel

Die Republik Moldau gilt als Herkunftsland von Menschenhandel¹³⁸, insbesondere in den Bereichen der arbeitsbedingten und sexuellen Ausbeutung.¹³⁹ Laut offizieller Statistiken wurden 1.496 Menschen zwischen 2015 und 2019 in der Republik Moldau als Opfer von Menschenhandel identifiziert, davon 47% Frauen und 21% Kinder.¹⁴⁰ Hauptzielländer von Menschenhandel aus der Republik Moldau sind die Russische Föderation, die Slowakische Republik, Spanien, Irland, Portugal sowie die Türkei.¹⁴¹ Auf der rechtlichen Seite wurde im Jahr 2018 von der moldauischen Regierung eine nationale Strategie für die Verhinderung und Bekämpfung von Menschenhandel beschlossen; seit 2005 existiert bereits ein gleichnamiges Gesetz, das 2018 novelliert wurde.¹⁴² Der Europarat forderte zuletzt 2020 die Republik Moldau dazu auf, die Rechte von Menschenhandelsopfern beim Zugang zur Justiz, bei der Kostenübernahme für Rechtsberatung sowie beim

¹²⁹ Ebd.; Liberties.eu: Homophobic Comments by Moldova's President Caused Concern, but Pride Week Marched On, 29.05.2017

¹³⁰ Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatovic: Country report following her visit to the Republic of Moldova from 9 to 13 March 2020, 25.06.2020, S. 22

¹³¹ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 44

¹³² Ebd.; Promo-LEX: Hate Speech and Incitement to Discrimination in the public space and media in the Republic of Moldova, 30.07.2019, S. 8

¹³³ U.S. Department of State: Moldova 2019 Human Rights Report, 13.03.2020, S. 29

¹³⁴ Government of the Republic of Moldova: Cabinet approves strategy for ensuring equality between women and men, 09.03.2017

¹³⁵ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 29

¹³⁶ Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatovic: Country report following her visit to the Republic of Moldova from 9 to 13 March 2020, 25.06.2020, S. 12

¹³⁷ U.S. Department of Labor/Bureau of International Labor Affairs: 2019 Findings on the Worst Forms of Labor: Moldova, ohne Datum

¹³⁸ IOM: Preventing Trafficking and Protecting Victims in Moldova, ohne Datum

¹³⁹ Council of Europe: Moldova should improve access to justice for victims of human trafficking, 03.12.2020

¹⁴⁰ Ebd.

¹⁴¹ Ebd.

¹⁴² Council of Europe: Evaluation Report Republic of Moldova, Third evaluation round: Access to justice and effective remedies for victims of trafficking in human beings, 03.12.2020, S. 3

Schutz vor Einschüchterungen bei den Untersuchungen zu stärken, im Besonderen müsse die oftmals lange Dauer der Gerichtsverfahren beschleunigt werden.¹⁴³

2.10. Häusliche Gewalt

Häusliche Gewalt ist in der Republik Moldau nach wie vor weit verbreitet, insbesondere im ländlichen Raum. Studienergebnisse deuten darauf hin, dass sieben von zehn Frauen im ländlichen Raum sowie sechs von zehn Frauen im urbanen Raum mindestens einmal im Leben Opfer einer Form von Gewalt durch den Lebenspartner bzw. Ehemann geworden sind.¹⁴⁴ Zudem ist die Furcht der Opfer vor sozialer Stigmatisierung und Verlust der eigenen Existenzsicherung in der konservativ-religiösen moldauischen Gesellschaft im Falle einer Anzeige ein zusätzlich verschärfender Aspekt. Seit 2007 existiert ein Gesetz über die Prävention und Bekämpfung häuslicher Gewalt und seit 2018 ein zunächst bis 2023 befristetes nationales Strategieprogramm.¹⁴⁵ Vergewaltigungen und sexuelle Übergriffe sind gesetzliche Straftatbestände und werden mit mindestens drei Jahren bis hin zu lebenslanger Haft geahndet.¹⁴⁶ Zwischen Januar und September 2020 registrierte die Polizei offiziell 1.409 Fälle von häuslicher Gewalt¹⁴⁷, im selben Zeitraum des Vorjahres wurden 1.429 Fälle registriert.¹⁴⁸ Im Kontext der COVID-19-Pandemie ist die Zahl der Beschwerden wegen häuslicher Gewalt jedoch nach Angaben von NGOs und der Polizei jedoch deutlich gestiegen, vorübergehend wurden im Frühjahr 2020 aufgrund des verhängten Ausnahmezustands keine Opfer häuslicher Gewalt in Zufluchtshäusern aufgenommen.¹⁴⁹

Insgesamt ist auch eine zunehmende rechtliche Annäherung an internationale Standards wie das *Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt* („Istanbul-Konvention“) zu beobachten, welches bereits von der Republik Moldau unterzeichnet, allerdings noch nicht ratifiziert ist.¹⁵⁰ Infolge ihres Besuchs im März 2020 forderte die Kommissarin für Menschenrechte des Europarats Dunja Mijatovic den moldauischen Staat zur unverzüglichen Ratifizierung des Übereinkommens und zum Ausbau des staatlichen Schutzmechanismen für Opfer häuslicher Gewalt auf.¹⁵¹

In der Praxis ist vor allen Dingen die Anzahl an Zufluchts- und Unterstützungsmöglichkeiten für Opfer häuslicher Gewalt nach wie vor unzureichend, landesweit existierten 2020 lediglich sieben staatliche und drei von Nichtregierungsorganisationen betriebene Zufluchtshäuser.¹⁵² Durch Verfahrensverzögerungen und oftmals mangelnder Aufklärungs- und Schutzbereitschaft ist auch das moldauische Justizsystem dem Problem oft noch nicht hinreichend gewachsen.¹⁵³ Im Juli 2020 nahm das moldauische Parlament ein Gesetz zur Verbesserung des Meldesystems sowie des Zugangs zu rechtlichem Schutz im Falle von häuslicher Gewalt an.¹⁵⁴ Nichtregierungsorganisationen bieten eigene Sozial- und Unterstützungsleistungen für Opfer häuslicher Gewalt an¹⁵⁵, die internationale NGO *La Strada* beispielsweise durch eine Telefonhotline und psychologische sowie rechtliche Beratungsangebote.¹⁵⁶

¹⁴³ Council of Europe: Moldova should improve access to justice for victims of human trafficking, 03.12.2020

¹⁴⁴ Necsutu, Madalin: Moldovan NGOs Target Domestic Violence, 27.05.2020

¹⁴⁵ Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatovic: Country report following her visit to the Republic of Moldova from 9 to 13 March 2020, 25.06.2020, S. 10

¹⁴⁶ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 33

¹⁴⁷ Ebd., S. 34

¹⁴⁸ U.S. Department of State: Moldova 2019 Human Rights Report, 11.03.2020, S. 21

¹⁴⁹ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 34

¹⁵⁰ Council of Europe/Commissioner for Human Rights: The Republic of Moldova should ratify the Istanbul Convention, improve its response to hate speech and advance access to quality healthcare, affordable housing and social inclusion for all, 25.05.2020

¹⁵¹ Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatovic: Country report following her visit to the Republic of Moldova from 9 to 13 March 2020, 25.06.2020, S. 5

¹⁵² Ebd., S. 10-11

¹⁵³ Ebd.

¹⁵⁴ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 33

¹⁵⁵ Necsutu, Madalin: Moldovan NGOs Target Domestic Violence, 27.05.2020

¹⁵⁶ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 33

2.11. Folter, Haftbedingungen und willkürliche Verhaftungen

Die moldauische Verfassung schreibt in Art. 24 die körperliche und mentale Unversehrtheit fest und untersagt die Anwendung von Folter und unmenschlicher Behandlung. Art. 166 des moldauischen Strafgesetzbuches sieht bis zu 15 Jahre Haft bei Folter vor.¹⁵⁷ Die Todesstrafe ist nach Art. 24 Abs. 3 der Verfassung abgeschafft.

Die **Haftbedingungen in moldauischen Gefängnissen** gelten nach wie vor als hart und stehen u.a. wegen unzureichender Sanitäreinrichtungen, Überbelegung und mangelhafter Gesundheitsversorgung in der Kritik.¹⁵⁸ Insgesamt entsprechen die moldauischen Haftanstalten nach wie vor nicht den Standards der EU. Es existieren Berichte über Misshandlungen und Folter von Inhaftierten. Nach Angaben von Amnesty International wird Opfern von Folter sowie deren Angehörige eine volle und effektive Entschädigung verwehrt.¹⁵⁹ Die Anzahl der an die Staatsanwaltschaft gemeldeten Folter- und Misshandlungsvorfälle hauptsächlich in Internierungseinrichtungen ist nach Angaben der Anti-Folter-Abteilung der moldauischen Generalstaatsanwaltschaft im Jahr 2020 gesunken; im ersten Halbjahr 2020 wurden insgesamt 262 Vorfälle gemeldet im Vergleich zu 456 im gleichen Zeitraum des Vorjahres.¹⁶⁰ Das Europäische Komitee zur Verhinderung von Folter des Europarats stellte bei Besuchen in den moldauischen Haftanstalten Nr. 1 in Taraclia, Nr. 5 in Cahul sowie Nr. 13 in Chişinău im Januar und Februar 2020 anhaltende Probleme fest, insbesondere Vorwürfe physischer Misshandlungen in Chişinău sowie exzessiven Einsatz von Zwang bei der Behandlung aufgewühlter Inhaftierter in allen drei Anstalten.¹⁶¹ Das Komitee vermerkte geringfügige Verbesserungen der baulichen Zustände in der Haftanstalt in Chişinău, die Verhältnisse insgesamt wurden jedoch nach wie vor als nicht zufriedenstellend bezeichnet.¹⁶² Kritisiert wurde zudem seitens des Komitees die nach wie vor vorherrschende konflikt- und gewaltfördernde Kultur in den moldauischen Haftanstalten und ein Klima von Angst und Einschüchterung.¹⁶³ Es existieren nach derzeitigem Stand keine Berichte über willkürliche Verhaftungen oder das „Verschwindenlassen“ von Personen.¹⁶⁴

2.12. Todesstrafe

Die Todesstrafe in der Republik Moldau ist nach Art. 24 Abs. 3 der Verfassung abgeschafft.

2.13. Lage in Gagausien

Die Menschenrechtsslage in Gagausien korrespondiert im Wesentlichen mit den rechtlichen und faktischen Verhältnissen in der restlichen Republik Moldau. Es existiert eine regionale Repräsentanz der moldauischen Ombudsperson für Menschenrechte in der gagausischen Hauptstadt Comrat, die Beschwerden bei Menschenrechtsverletzungen entgegennimmt und vor Ort die Aufgaben der Ombudsperson wahrnimmt.¹⁶⁵

2.14. Lage in Transnistrien

Die unabhängige Beobachtung der **Menschenrechtsslage in Transnistrien** ist aufgrund des ungeklärten Territorialstatus bis heute schwierig. Den transnistrischen de-facto-Behörden werden systematische Verstöße gegen die Grund- und Freiheitsrechte vorgeworfen, insbesondere in Bezug auf Meinungs-, Religions- und Versammlungsfreiheit sowie oppositionelle politische Aktivitäten.¹⁶⁶ Nach Angaben der moldauischen NGO

¹⁵⁷ Justizministerium der Republik Moldau: Strafgesetzbuch der Republik Moldau, Artikel 166, 01.01.2021

¹⁵⁸ Council of Europe: Report to the Government of the Republic of Moldova on the visit to the Republic of Moldova carried out by the European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) from 28 January to 7 February 2020, 15.09.2020

¹⁵⁹ Amnesty International: Moldova 2020, ohne Datum

¹⁶⁰ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 4

¹⁶¹ Ebd.

¹⁶² Council of Europe: Report to the Government of the Republic of Moldova on the visit to the Republic of Moldova carried out by the European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) from 28 January to 7 February 2020, 15.09.2020, S. 32

¹⁶³ Ebd., S. 5

¹⁶⁴ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 3

¹⁶⁵ The People's Advocate/Ombudsman: Comrate Representative, 10.08.2018

¹⁶⁶ Home Office (UK): Country Policy and Information Note Moldova: Human rights in Transnistria, Juni 2017, S. 5

Promo-LEX hat sich die Menschenrechtslage 2020 im Kontext der COVID-19-Pandemie weiter verschlechtert.¹⁶⁷ Fälle von Folter und willkürlichen Verhaftungen durch die transnistrischen de-facto-Behörden kommen vor und werden in der Praxis nicht strafrechtlich verfolgt.¹⁶⁸ Häusliche Gewalt „ohne substanziellen körperlichen Schaden“ wird in Transnistrien lediglich als Administrativvergehen betrachtet, welches maximal mit einer Geldstrafe geahndet wird.¹⁶⁹ Es existiert das Amt einer eigenen transnistrischen Ombudsperson für Menschenrechte, die jedoch im Gegensatz zur moldauischen Ombudsperson nach Angaben des U.S. Department of State nicht unabhängig von der Regierung ist.¹⁷⁰

Das transnistrische Gerichtswesen soll unter starkem russischem Einfluss stehen.¹⁷¹ Tatsächlich hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in jüngerer Vergangenheit die Russische Föderation für Menschenrechtsverletzungen in Transnistrien für schuldig befunden, zuletzt nach einer entsprechenden Klage in einem Urteil vom 07.01.2020.¹⁷²

Menschenrechtsorganisationen in Transnistrien stehen unter staatlicher Beobachtung und unter Restriktionen in ihrer Tätigkeit.¹⁷³ Gleichgeschlechtliche Aktivitäten sind illegal; die staatliche und gesellschaftliche Diskriminierung von LGBTI ist weitverbreitet.¹⁷⁴ Transnistrien unterhält eigene militärische Streitkräfte und es existiert eine Wehrpflicht von 18 Monaten für junge Männer ab 18 Jahren. Nach Angaben moldauischer Nichtregierungsorganisationen kommt es bei der Behandlung von Wehrdienstleistenden in Transnistrien immer wieder zu Fällen von Menschenrechtsverletzungen durch körperliche Misshandlungen bis hin zu Todesfällen.¹⁷⁵ Bei Wehrdienstentziehung sollen Geldstrafen von umgerechnet bis zu 1.700 € verhängt werden können; Deserteure würden weiterhin bis zu 20 Jahre Haft riskieren.¹⁷⁶

Der UN-Menschenrechtsexperte Thomas Hammarberg verzeichnete in einem Evaluationsbericht zu einer Reise nach Transnistrien 2018 ein grundsätzlich gestiegenes Menschenrechtsbewusstsein der de-facto-Behörden.¹⁷⁷ Angemahnt wurde allerdings grundsätzlich das Fehlen eines Aktionsplanes für Menschenrechte, mit dessen Hilfe weitergehende Ziele zur Verbesserung der Menschenrechtslage fixiert werden könnten.¹⁷⁸

Die nach Schätzungen rund eine halbe Million Menschen umfassende Bevölkerung in Transnistrien ist häufig im Besitz mehrerer Staatsangehörigkeiten. Neben der moldauischen ist auch zusätzlich die russische oder ukrainische Staatsbürgerschaft weit verbreitet¹⁷⁹, da der von den de-facto-Behörden ausgestellte „transnistrische Reisepass“ für Reisen in international anerkannte Staaten nicht geeignet ist. Die Bewegungs- und Reisefreiheit der Bevölkerung in Transnistrien ist grundsätzlich nicht eingeschränkt; der Übertritt in das moldauische Kernland ist in der Praxis – mit Blick auf die Mehrfachstaatsbürgerschaften der meisten in Transnistrien wohnhaften Personen – in der Regel weitgehend unproblematisch möglich. Im Zuge der COVID-19-Pandemie wurden jedoch durch die transnistrischen de-facto-Behörden faktische Beschränkungen der Bewegungsfreiheit durch die Errichtung improvisierter Checkpoints eingeführt.¹⁸⁰ Schätzungsweise 300.000 Personen in Transnistrien sind im Besitz der moldauischen Staatsangehörigkeit und können somit unter den Bestimmungen des geltenden Visaregimes visafrei in die EU einreisen.¹⁸¹ Es existieren vereinzelte Berichte über

¹⁶⁷ Promo-LEX: Restrictions on freedom of movement, kidnappings, the fight against “extremists” or the situation – the worst human rights issues in the Transnistrian region in 2020, 21.05.2021

¹⁶⁸ U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, S. 3-5

¹⁶⁹ Ebd., S. 35

¹⁷⁰ Ebd., S. 9

¹⁷¹ Freedom House, Freedom in the World 2020: Country Report Transnistria, Abschnitt „Rule of Law“

¹⁷² U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, S. 5; European Court of Human Rights: CASE OF CAZAC AND SURCHICIAN v. THE REPUBLIC OF MOLDOVA AND RUSSIA, 07.01.2020

¹⁷³ Freedom House, Freedom in the World 2020: Country Report Transnistria, Abschnitt „Overview“

¹⁷⁴ Ebd., Abschnitt „Rule of Law“

¹⁷⁵ Touma, Ana Maria: Transnistria Forcing Young Into Army, Moldovan Report Says, 14.07.2017

¹⁷⁶ Ebd.

¹⁷⁷ Hammarberg, Thomas: Follow-up Report on Human Rights in the Transnistrian Region, 2018, S. 5

¹⁷⁸ Ebd., S. 9-10

¹⁷⁹ Büscher, Klemens: Der Transnistrienkonflikt im Lichte der Ukraine-Krise, Juli 2016, S. 32

¹⁸⁰ Dulgher, Maria: Fighting for human rights in Transnistria – using all legal means or not using them at all, 22.05.2021

¹⁸¹ Freedom House, Freedom in the World 2020: Country Report Transnistria, Abschnitt „Personal Autonomy and Individual Rights“

Misshandlungen von einreisenden Personen aus dem moldauischen Kernland durch die russischen bzw. transnistrischen Sicherheitskräfte an der Sicherheitszone.¹⁸²

3. Fazit & Ausblick

Mit Blick auf die Menschenrechtslage in der Republik Moldau kann konstatiert werden, dass im legislativen Bereich in den vergangenen Jahren Fortschritte erzielt werden konnten. Maßgeblich waren hierbei vor allen Dingen die Empfehlungen seitens der EU, der OSZE und des Europarats als Kooperationspartner der Republik Moldau. Auf der praktischen Seite stehen jedoch nach wie vor teils erhebliche Defizite beim Schutz von gesellschaftlich unterrepräsentierten Gruppen – insbesondere Roma – im Raum, die eng mit der anhaltenden instabilen politischen und prekären wirtschaftlichen Lage im Land verknüpft sind. Auch die Verhältnisse in den moldauischen Haftanstalten im Zusammenhang mit einer anhaltend hohen Zahl von erfassten Misshandlungsvorfällen trüben die Menschenrechtslage ein.

Die existierenden Aktionspläne leiden zum Teil unter Unterfinanzierung und mangelhafter Umsetzungsbereitschaft durch die moldauischen Behörden. Zudem hat der Ausbruch der COVID-19-Pandemie die sozioökonomische Schieflage weiter verschlechtert und das schwache Gesundheitssystem des Landes an den Rand der Belastbarkeit gebracht. Die Verteilung der limitierten öffentlichen Ressourcen dürfte daher in den kommenden Jahren primär auf den Gesundheits- und Sozialsektor fokussiert sein.

Durch die Wahl der als pro-europäisch geltenden Maia Sandu zur neuen Staatspräsidentin im November 2020 besteht Hoffnung auf einen politischen Konsolidierungsprozess und einen stärkeren Fokus auf die Verbesserung der Menschenrechtslage, gleichzeitig ist eine kurz- oder mittelfristige Beilegung einiger der wesentlichen aufgezeigten Problemlagen aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen nicht zu erwarten. Dazu gehören der „eingefrorene“ Transnistrien-Konflikt sowie die nach wie vor weit verbreitete Korruption und mangelhafte Rechtsstaatlichkeit. Die armutsbedingte legale wie illegale Arbeitsmigration großer Bevölkerungsteile sowohl in die EU als auch nach Russland ist schon seit vielen Jahren Realität und steht damit der wirtschaftlichen Entwicklung im Land als Hemmfaktor im Wege.

Aufgrund der stark begrenzten eigenen politischen und finanziellen Kapazitäten der Republik Moldau ist zu erwarten, dass der Einfluss externer Akteure weiterhin ein entscheidender Faktor für die weitere Entwicklung des Landes bleiben wird. Die Russische Föderation zeigt jedoch nach annähernd drei Jahrzehnten nach der Etablierung des Waffenstillstands im Transnistrien-Konflikt kein Interesse an einer Änderung des Status Quo, der ihr bis heute eine große Hebelwirkung in der Republik Moldau einräumt. Der Erfolg einer weiteren politischen und rechtlichen Annäherung an EU-Standards wird allerdings wesentlich von der russischen Bereitschaft abhängig sein, funktionierende multilaterale Instrumente und Gesprächsplattformen gemeinsam mit der Republik Moldau und ihren internationalen Partnern aufzubauen.

¹⁸² Reporters without Borders: Moldovan Reporters harrassed by Russian soldiers on border with Transnistria, 23.07.2020

4. Literaturverzeichnis

Amnesty International, Moldova 2020, ohne Datum, <https://www.amnesty.org/en/countries/europe-and-central-asia/moldova/report-moldova/>, abgerufen am 28.04.2021

BBC: Nicolae Timofti finally elected Moldova President, 16.03.2012, <https://www.bbc.com/news/world-europe-17398641>, abgerufen am 20.05.2021

bne IntelliNews: Moldovan ex-premier Filat jailed for 9 years in \$1bn bank fraud case, 27.06.2016, <https://www.intellinews.com/moldovan-ex-premier-filat-jailed-for-9-years-in-1bn-bank-fraud-case-100732/>, abgerufen am 22.03.2021

Bundeszentrale für politische Bildung: Parlamentswahlen in Moldau, 26.02.2019, <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/286020/parlamentswahlen-in-moldau>, abgerufen am 22.03.2021

Büscher, Klemens: Der Transnistrienkonflikt im Lichte der Ukraine-Krise. In: Nicht eingefroren! Die ungelösten Konflikte um Transnistrien, Abchasien, Südossetien und Berg-Karabach im Lichte der Krise um die Ukraine. Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie Juli 2016, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2016S13_fhs.pdf, abgerufen am 22.03.2021

Cenusa, Denis: Moldovans elected an anti-corruption president, avoiding „colour revolution“, 18.11.2020, <https://neweasterneurope.eu/2020/11/18/moldovans-elected-an-anti-corruption-president-avoiding-a-colour-revolution/>, abgerufen am 22.03.2021

Constitutional Court of the Republic of Moldova: Constitution of the Republic of Moldova, ohne Datum, https://www.constcourt.md/public/files/file/Actele%20Curtii/acte_en/MDA_Constitution_EN.pdf, abgerufen am 22.03.2021

COWI/The Danish Institute for Human Rights: Study on Homophobia, Transphobia and Discrimination on Grounds of Sexual Orientation and Gender Identity. Sociological Report: Moldova, ohne Datum, https://www.coe.int/t/Commissioner/Source/LGBT/MoldovaSociological_E.pdf, abgerufen am 22.03.2021

Council of Europe: Evaluation Report Republic of Moldova, Third evaluation round: Access to justice and effective remedies for victims of trafficking in human beings, 03.12.2020, <https://rm.coe.int/greta-2020-11-fgr-mda-en/1680a09538>, abgerufen am 28.04.2020

Council of Europe: New Council of Europe Action Plan for the Republic of Moldova launched in Strasbourg, 19.04.2021, <https://www.coe.int/en/web/portal/-/new-council-of-europe-action-plan-for-the-republic-of-moldova-launched-in-strasbourg>, abgerufen am 28.04.2021

Council of Europe: Moldova should improve access to justice for victims of human trafficking, 03.12.2020, https://www.coe.int/en/web/portal/full-news/-/asset_publisher/y5xQt7QdunzT/content/moldova-should-improve-access-to-justice-for-victims-of-human-trafficking?_101_INSTANCE_y5xQt7QdunzT_languageId=de_DE, abgerufen am 28.04.2021

Council of Europe: Council of Europe adopts new Action Plan for the Republic of Moldova, 26.11.2020, <https://www.coe.int/en/web/portal/-/council-of-europe-adopts-new-action-plan-for-the-republic-of-moldova>, abgerufen am 28.04.2021

Council of Europe: Report to the Government of the Republic of Moldova on the visit to the Republic of Moldova carried out by the European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment (CPT) from 28 January to 7 February 2020, 15.09.2020, <https://rm.coe.int/16809f8fa8>, abgerufen am 28.04.2021

Council of Europe: Law 121 on Ensuring Equality: 5 years in force in the Republic of Moldova, Chişinău, 28.02.2018, https://www.coe.int/en/web/chisinau/supporting-national-efforts-for-prevention-and-combating-discrimination-in-moldova/-/asset_publisher/bO3MWAjPhYgz/content/law-121-on-ensuring-equality-5-years-in-force-in-the-republic-of-moldova?inheritRedirect=false, abgerufen am 22.03.2021

Council of Europe: National Human Rights Action Plan for the period 2018-2022, ohne Datum, <https://www.coe.int/t/commissioner/source/NAP/Moldova-National-Action-Plan-on-Human-Rights-2018-2022.pdf>, abgerufen am 22.03.2021

Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatovic: Country report following her visit to the Republic of Moldova from 9 to 13 March 2020, Strasbourg, 25.06.2020, https://www.ecoi.net/en/file/local/2032291/CommDH%282020%2910+-+Report+on+Moldova_EN.docx.pdf, abgerufen am 22.03.2021

Council of Europe/Commissioner for Human Rights: The Republic of Moldova should ratify the Istanbul Convention, improve its response to hate speech and advance access to quality healthcare, affordable housing and social inclusion for all, Straßburg, 25.05.2020, <https://www.coe.int/en/web/commissioner/-/the-republic-of-moldova-should-ratify-the-istanbul-convention-improve-its-response-to-hate-speech-and-advance-access-to-quality-healthcare-affordable->, abgerufen am 22.03.2021

Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Memet Kilic, Agnes Brugger, Josef Philip Winkler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/9494: Folgen der Aussetzung der Wehrpflicht in Deutschland für Deutsche mit einer doppelten Staatsangehörigkeit, 23.05.2021, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/098/1709809.pdf>, abgerufen am 22.03.2021

Deutsche Welle: Moldaus Präsident Dodon entmachtet, 09.06.2019, <https://www.dw.com/de/moldaus-pr%C3%A4sident-dodon-entmachtet/a-49118179>, abgerufen am 22.03.2021

Deutsche Welle: Thousands of protesters decry Moldovan government corruption, 24.01.2016, <https://www.dw.com/en/thousands-of-protesters-decry-moldovan-government-corruption/a-19001431>, abgerufen am 26.05.2021

Deutsche Welle: Zehntausende protestieren gegen Regierung in Moldau, 06.09.2015, <https://www.dw.com/de/zehntausende-protestieren-gegen-regierung-in-moldau/a-18696886>, abgerufen am 26.05.2021

Dulgher, Maria: Fighting for human rights in Transnistria – using all legal means or not using them at all, 22.05.2021, <https://www.moldova.org/en/fighting-for-human-rights-in-the-transnistrian-region-using-all-legal-means-or-not-using-them-at-all>, abgerufen am 25.05.2021

Dulgher, Maria: Constitutional Court decided that Parliament can be dissolved. The next question: When there will be snap elections?, 15.04.2021, <https://www.moldova.org/en/constitutional-court-decided-that-parliament-can-be-dissolved-the-next-question-when-there-will-be-snap-elections/>, abgerufen am 28.04.2021

Dulgher, Maria: The Status of the Russian Language in Moldova caused a collision of remarks made by Russian and Moldovan authorities: Why shouldn't have this happened?, 23.01.2021, <https://www.moldova.org/en/the-status-of-the-russian-language-in-moldova-caused-a-collision-of-remarks-made-by-russian-and-moldovan-authorities-why-shouldnt-this-have-happened/>, abgerufen am 22.03.2021

Ernst, Iulian: Breakaway Transnistria fully under Sheriff's control as Obnovlenie party sweeps board in parliament election, 03.12.2020, <https://www.intellinews.com/breakaway-transnistria-fully-under-sheriff-s-control-as-obnovlenie-party-sweeps-board-in-parliament-election-198054/>, abgerufen am 22.03.2021

Euronews: Thousands protest in call for resignation of Moldovan government, 06.12.2020, <https://www.euronews.com/2020/12/06/thousands-protest-in-call-for-resignation-of-moldovan-government>, abgerufen am 22.03.2021

European Commission, Association Implementation Report on Moldova, 11.09.2019, https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/swd_2019_325_f1_joint_staff_working_paper_en_v10_p1_1045191.df, abgerufen am 22.03.2021

European Court of Human Rights: CASE OF CAZAC AND SURCHICIAN v. THE REPUBLIC OF MOLDOVA AND RUSSIA, 07.01.2020, <https://hudoc.echr.coe.int/eng#%7B%22itemid%22:%5B%22001-200036%22%5D%7D>], abgerufen am 22.03.2021

European External Action Service: Facts and Figures about EU-Moldova Relations, 10.06.2020, https://eeas.europa.eu/sites/default/files/eap_factsheet_moldova_eng_web.pdf, abgerufen am 12.05.2021

EUR-Lex: Association Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community and their Member States, of the one part, and the Republic of Moldova, of the other part, 30.08.2014, https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=uriserv%3AOJ.L_.2014.260.01.0004.01.ENG, abgerufen am 22.03.2021

Freedom House, Freedom in the World 2020: Country Report Transnistria, <https://freedomhouse.org/country/transnistria/freedom-world/2020>, abgerufen am 22.03.2021

Gagauz, Olga et al.: Population Situation Analysis in the Republic of Moldova, Oktober 2016, https://moldova.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/PSA_engleza.pdf, abgerufen am 28.04.2021

Gancev, Vasile: What is the future of Moldova's „law on propaganda“?, 20.01.2020, <https://globalvoices.org/2020/01/20/what-is-the-future-of-moldovas-law-against-propaganda/>, abgerufen am 22.03.2021

Goble, Paul: Moscow Concerned About Turkish Influence on the Gagauz. In: Jamestown Foundation, Eurasia Daily Monitor Volume: 17, Issue: 176, 10.12.2020, <https://jamestown.org/program/moscow-concerned-about-turkish-influence-on-the-gagauz/>, abgerufen am 22.03.2021

Government of Republic of Moldova: Moldova's national council for human rights holds meeting at government, 15.09.2020, <https://gov.md/en/content/moldovas-national-council-human-rights-holds-meeting-government>, abgerufen am 22.03.2021

Government of the Republic of Moldova: Cabinet approves strategy for ensuring equality between women and men, 09.03.2017, <https://gov.md/en/content/cabinet-approves-strategy-ensuring-equality-between-women-and-men>, abgerufen am 28.04.2021

Government of Republic of Moldova: Government approved Strategy of strengthening interethnic relations, 14.12.2016, <https://gov.md/en/content/government-approved-strategy-strengthening-interethnic-relations>, abgerufen am 28.04.2021

Hammarberg, Thomas: Follow-up Report on Human Rights in the Transnistrian Region, 2018, https://www.undp.org/content/dam/unct/moldova/docs/Follow-up_Report_TH_2018.pdf, abgerufen am 22.03.2021

Heinemann-Grüder, Andreas: Postsowjetische De-Facto-Regime. In: Russland-Analysen Nr. 394 vom 20.11.2020, <https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/394/postsowjetische-de-facto-regime/>, abgerufen am 22.03.2021, S. 2–6

Home Office (UK): Country Policy and Information Note Moldova: Human rights in Transnistria, Juni 2017, <https://www.refworld.org/docid/59439c794.html>, abgerufen am 22.03.2021

Judah, Tim: Die „existenzielle“ Bevölkerungskrise von Moldau, 27.08.2020, <http://magazine.erstestiftung.org/de/die-existenzielle-bevoelkerungskrise-von-moldau/>, abgerufen am 22.03.2021

Justizministerium der Republik Moldau: Strafgesetzbuch der Republik Moldau (russische Version), 01.01.2021, https://www.legis.md/cautare/getResults?doc_id=125325&lang=ru, abgerufen am 14.05.2021

Justizministerium der Republik Moldau: Gesetz Nr. 113 zur Änderung einiger Rechtsakte (russische Version), 15.08.2019, https://www.legis.md/cautare/getResults?doc_id=115816&lang=ru, abgerufen am 14.05.2021

Justizministerium der Republik Moldau: Gesetz Nr. 156 über die Organisation des zivilen (alternativen) Dienstes (russische Version), 06.07.2007, <http://lex.justice.md/viewdoc.php?action=view&view=doc&id=325087&lang=2>, abgerufen am 28.04.2021

Justizministerium der Republik Moldau: Gesetz Nr. 1245 über die Vorbereitung der Bürger auf die Verteidigung des Mutterlandes (russische Version), 18.07.2002, https://www.legis.md/cautare/getResults?doc_id=108232&lang=ru, abgerufen am 28.04.2021

Konrad-Adenauer-Stiftung: Media Freedom in Moldova, 2020, <https://www.kas.de/en/web/balkanmedia/media-freedom7>, abgerufen am 28.04.2021

Liberties.eu: Homophobic Comments by Moldova's President Caused Concern, but Pride Week Marched On, 29.05.2017, <https://www.liberties.eu/en/news/moldova-pride-week-homophobic-comments-by-president-causes-concern/12033>, abgerufen am 22.03.2021

Lins de Albuquerque, Adriana/Hedenskog, Jakob: Moldova. A Defence Sector Reform Assessment, Swedish Armed Forces, Dezember 2016, <https://www.foi.se/rest-api/report/FOI-R--4350--SE>, abgerufen am 22.03.2021

National Bureau of Statistics of the Republic of Moldova: The Population of the Republic of Moldova at the time of the Census was 2,998,235, 31.03.2017, <https://statistica.gov.md/newsview.php?l=en&id=5582&idc=30>, abgerufen am 28.04.2021

Nationales Statistikamt der Republik Moldau: Zensus in der Republik Moldau 2014, <https://statistica.gov.md/pageview.php?l=en&idc=479>, abgerufen am 22.03.2021

Necutu, Madalin: Moldovan NGOs Target Domestic Violence, 27.05.2020, <https://iwpr.net/global-voices/moldovan-ngos-target-domestic-violence>, abgerufen am 22.03.2021

Necutu, Madalin: Moldova to Scrap Compulsory Military Service by 2021, 21.09.2018, <https://balkaninsight.com/2018/09/21/moldova-to-dismiss-compulsory-military-service-by-2021-09-21-2018/>, abgerufen am 22.03.2021

Necutu, Madalin: Duma Slates Moldovas's Ban on Russian TV Shows, 19.01.2018, <https://balkaninsight.com/2018/01/19/russian-duma-reacts-to-moldova-anti-propaganda-law-01-19-2018/>, abgerufen am 22.03.2021

Nienhuysen, Frank: Streit um russisches Faustpfand, 03.12.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/moldau-streit-um-russisches-faustpfand-1.5136753>, abgerufen am 22.03.2021

Milewski, Oktawian: Challenging the status quo in Moldova. What now after Maia Sandu's victory? 01.12.2020, <https://neweasterneurope.eu/2020/12/01/challenging-the-status-quo-in-moldova-what-now-after-maia-sandus-victory/>, abgerufen am 22.03.2021

Minority Rights Group International: Moldova, Roma, Januar 2018, <https://minorityrights.org/minorities/roma-22/>, abgerufen am 22.03.2021

Minzarari, Dumitru: Moldovan Presidential Elections Driven by Insecurity Not Geopolitics: In: Stiftung für Wissenschaft und Politik, SWP Comment No. 59, Dezember 2020, https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/comments/2020C59_MoldovanPresidentialElections.pdf, abgerufen am 22.03.2021

Moser, Stefanie: Von der Krise zum Aufbruch? Die Republik Moldau nach dem Regierungswechsel. Friedrich-Ebert-Stiftung Chişinău, Februar 2010, <https://library.fes.de/pdf-files/id/07033.pdf>, abgerufen am 22.03.2021

OSCE: Thomas Mayr-Harting, Special Representative of the OSCE Chairperson-in-Office for the Transdnestrian Settlement Process, ohne Datum, <https://www.osce.org/node/445183>, abgerufen am 22.03.2021

Popsoi, Mihail: Anti-Corruption Policy Failure: The Case of Moldova's Billion Dollar Scandal, Juni 2017, <https://www.ippapublicpolicy.org/file/paper/591f141a9193d.pdf>, abgerufen am 22.03.2021

Promo-LEX: Restrictions on freedom of movement, kidnappings, the fight against "extremists" or the situation – the worst human rights issues in the Transnistrian region in 2020, 21.05.2021, <https://promolex.md/20265-promo-lex-restrictiile-privind-libertatea-de-circulatie-rapirile-de-persoane-lupta-cu-extremistii-sau-situatia-cele-mai-grave-probleme-privind-drepturile-omului-in-regiunea-tran/?lang=en>, abgerufen am 25.05.2021

Promo-LEX: Hate Speech and Incitement to Discrimination in the public space and media in the Republic of Moldova, 30.07.2019, https://promolex.md/wp-content/uploads/2019/07/A4_hate_eng.pdf, abgerufen am 28.04.2021

Regione Autonoma Trentino-Alto Adige/Südtirol: The Law on the Special Legal Status of Gagauzia, (Gagauz Yeri), ohne Datum, <http://www.regione.taa.it/biblioteca/minoranze/gagauziaen.pdf>, abgerufen am 22.03.2021

Reporters without Borders: 2021 Press Freedom Index, ohne Datum, <https://rsf.org/en/ranking#>, abgerufen am 27.04.2021

Reporters without Borders: Moldovan Reporters harrassed by Russian soldiers on border with Transnistria, 23.07.2020, <https://rsf.org/en/news/moldovan-reporters-harrassed-russian-soldiers-border-transnistria>, abgerufen am 22.03.2021

Sieg, Martin/Avram, Andrei: Republik Moldau: Maia Sandu zur Präsidentin gewählt. Länderbericht der Konrad-Adenauer-Stiftung, November 2020, <https://www.kas.de/documents/252038/7938566/Republik%20Moldau%20-%20Maia%20Sandu%20zur%20Pr%C3%A4sidentin%20gew%C3%A4hlt.pdf/ac5df5ed-8a2e-127f-3dc0-00f5d1b27858?version=1.0&t=1605530892102>, abgerufen am 22.03.2021

Socor, Vladimir: Transnistrian Voting Raid: A Bad Precedent for Moldova and Other Conflict Theaters, 11.03.2019, <https://jamestown.org/program/transnistrian-voting-raid-a-bad-precedent-for-moldova-and-other-conflict-theaters/>, abgerufen am 28.04.2021

Stemmer, Anna: The Republic of Moldova and the Migration. In: Konrad-Adenauer-Stiftung International Reports, 09.10.2011, https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=6df80a4c-4967-8f1f-2499-443bf4f8fb87&groupId=252038, abgerufen am 22.03.2021

The People's Advocate/Ombudsman: Comrate Representative, 10.08.2018, <http://ombudsman.md/en/despre/echipa/subdiviziunea-15/>, abgerufen am 28.04.2021

Touma, Ana Maria: Transnistria Forcing Young Into Army, Moldovan Report Says, 14.07.2017, <https://balkaninsight.com/2017/07/14/moldova-rights-group-warns-of-separatist-military-recruiting-07-13-2017/>, abgerufen 22.03.2021

Transparency International: Korruptionswahrnehmungsindex 2020, Tabellarische Rangliste, <https://www.transparency.de/cpi/cpi-2020/cpi-2020-tabellarische-rangliste/>, abgerufen am 22.03.2021

Transparency International Moldova: State Capture: The Case of the Republic of Moldova, 16.07.2017, <http://www.transparency.md/2017/06/16/state-capture-the-case-of-the-republic-of-moldova/>, abgerufen am 22.03.2021

U.S. Department of Labor/Bureau of International Labor Affairs: 2019 Findings on the Worst Forms of Labor: Moldova, <https://www.dol.gov/agencies/ilab/resources/reports/child-labor/moldova>, abgerufen am 22.03.2021

U.S. Department of State: Moldova 2020 Human Rights Report, 30.03.2021, <https://www.state.gov/wp-content/uploads/2021/03/MOLDOVA-2020-HUMAN-RIGHTS-REPORT.pdf>, abgerufen am 26.04.2021

U.S. Department of State: Moldova 2019 Human Rights Report, 13.03.2020, <https://md.usembassy.gov/wp-content/uploads/sites/210/2018-Human-Rights-Report-Moldova.pdf>, abgerufen am 22.03.2021

U.S. Department of State: Moldova 2020 International Religious Freedom Report, 12.05.2021, <https://www.state.gov/wp-content/uploads/2021/05/240282-MOLDOVA-2020-INTERNATIONAL-RELIGIOUS-FREEDOM-REPORT.pdf>, abgerufen am 18.05.2021

Venice Commission: Republic of Moldova, Code of Audiovisual Media Services, 30.06.2020, [https://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-REF\(2020\)046-e](https://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-REF(2020)046-e), abgerufen am 22.03.2021

Weltbank: Moldova Overview 2020, <https://www.worldbank.org/en/country/moldova/overview#1>, abgerufen am 22.03.2021

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

06/2021

Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung / Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: informationsvermittlungsstelle@bamf.bund.de
<https://milo.bamf.de>

Die Publikation wurde im Bereich Länderanalysen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erstellt. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bamf.de